Angehörigen Info

C 10190 21.3.1997 Preis: 3,00 DM 192

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Redebeitrag von Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, zum 18. März 1997

Die BRD ist mitverantwortlich für die Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz in Lima

Am 17.12.1996 besetzte ein Kommando der MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru) die Residenz der japanischen Botschaft in Lima. Das Kommando nahm die anläßlich des Geburtstages des japanischen Kaisers anwesenden ausländischen Diplomaten, führenden Geschäftsleute – vor allem aus Japan – sowie hochrangige peruanische Militärs, Richter und Politiker gefangen. Noch am selben Tag wurden die Frauen und Kinder wieder freigelassen.

Das Kommando kündigte die Respektierung der körperlichen Unversehrtheit der gefangenen Personen an und forderte von der peruanischen Regierung zuallererst „die Verpflichtung auf eine Wirtschaftspolitik, die das Wohl der Mehrheit der Bevölkerung zum Ziel hat", wie „die Freilassung aller Gefangenen der MRTA und aller Personen, denen eine Mitgliedschaft in unserer Organisation vorgeworfen wird".



Neuer Hinrichtungsbefehl droht, massive Repressalien gegen Mumia Abu-Jamal. Seite 7f.

Peru ist eines der ärmsten Länder Amerikas. Seit dem Amtsantritt des Präsidenten Fujimori 1990 hat sich die wirtschaftliche Situation der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit weiter verschlechtert, eine jährliche Inflationsrate von rund 2300%, Rezession und eine immer höhere Arbeitslosigkeit von 60-70%. Zur Erfüllung von Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, deren Politik von Staaten wie der USA, der BRD, Japans usw. festgelegt werden, beschloß Fujimori bereits im August 1990 mit Unterstützung des Militärs ein Paket wirtschaftlicher Schockmaßnahmen, dessen Folgen der 20fache Anstieg der Preise von Lebensmitteln und Dingen des unmittelbaren Bedarfs, der 300%ige Anstieg des Benzinpreises, das Einfrieren von Löhnen und Gehältern und die Privatisierung von Staatsunternehmen und deren Verkauf an ausländische Konzerne waren. Von den 22 Millionen PeruanerInnen leben heute nach Uno-Kriterien 13 Millionen in absoluter Armut, 7 Millionen sogar weit unterhalb der Armutsgrenze.

In den letzten 4 Jahren ist die Zahl der politischen Gefangenen in Peru auf über 9.000 angewachsen, darunter nicht nur KämpferInnen der Guerilla, sondern die meisten aus der legalen Opposition gegen die Politik Fujimoris (und des IWF und der Welt-

---

10. Jahrestag der Verhaftung

Zu aktuellen Situation von Joëlle Aubron, Nathalie Ménigon und Jean-Marc Rouillan

Jean-Marc Rouillan ist seit September 1994 in der Centrale Lannemezan inhaftiert, die ‚normale Haft' beinhaltet dort zum Beispiel, daß seitdem Gefangene, it denen er zusammen war und diskutiert hat,verlegt wurden oder daß sein Computer wochenlang beschlagnahmt wird, um eine seine politische Arbeit zu 'untersuchen', sowie das Verbot, Bücher oder Broschüren von draußen zu erhalten.

Joëlle Aubron und Nathalie Ménigon sind seit Juni 1996 wieder in Fleury-Mérogis. Am 21. Dezember vorigen Jahres erlitt Nathalie in den frühen Morgenstunden eine, glücklicherweise, reversible Lähmung der linken Körperhälfte, verursacht durch ein Blutgerinnsel im Gehirn. Nach mehrwöchiger Behandlung im Knastkrankenhaus von Fresnes und mehreren externen Untersuchungen wurde Nathalie nach Fleury zurückverlegt. Auch wenn sich Nathalie sehr schnell erholt hat und die Folgen der Lähmung mit Hilfe ihres starken Willens, durch Gymnastik und Sprachübungen fast vollständig überwunden hat, bleibt nach dem, was wir von den unmittelbaren Ursachen dieses Anfalls wissen, die Frage nach seinen möglichen Zusammenhängen mit dem Reno-Syndrom, an dem Nathalie infolge der Hungerstreiks leidet. Neben der Tortur, die ein jahrelanger Freiheitsentzug für den Körper bedeutet, sind die Hungerstreiks, die gegen die Haftbedingungen notwendig wurden, eine besondere physische Belastung.

Unter dem Vorwand des DPS-Statut (besonders überwachte Gefangene) bedeutet ‚Normalität', daß es z.B. nicht möglich ist, daß Joëlle und Nathalie gleichzeitig an Gemeinschaftsaktivitäten teilnehmen. Dabei wird die Möglichkeit des Zusammenseins mit anderen Gefangenen und die Teilnahme an Kursen und Sport gegen das Zusammensein der beiden gestellt. Darüber hinaus bleibt der Zugang zu den Gemeinschaftsaktivitäten von der Willkür der Knastdirektion abhängig.

Neue Besuchserlaubnisse werden für alle 3 Gefangenen kategorisch abgelehnt, selbst wenn sich die AntragstellerInnen den vorgeschobenen Sicherheitsprüfungen unterziehen, steht am Ende die Ablehnung. Die Knastleitung in Fleury hat darüber hinaus für alle Gefangenen eine 150 km Zone erfunden. Nur für BesucherInnen die außerhalb dieser Willkür-Zone wohnen ist es möglich auf Antrag eine Stunde Besuch, statt 30 Minuten zu erhalten, und das nur einmal pro Monat.

Weitere Berichte auf S.5 f.

bank). Sowohl die Prozesse als auch die Haftbedingungen entsprechen in nichts der Menschenrechtskonvention. Die politischen Gefangenen haben keinen Kontakt mit anderen Gefangenen und zur Außenwelt, sind akustisch und optisch isoliert und vegetieren teils in Verliesen acht Meter unter der Erdoberfläche in vollständiger Dunkelheit und unter permanenter Überwachung ohne medizinische Versorgung und unter mangelhafter Ernährung. Zu diesen unmenschlichen Lebensbedingungen kommen die Praxis und die ständige Bedrohung durch die Folter. Die Vernichtungspolitik schreckt vor keinem Mittel zurück, um ihre politische Identität zu brechen, und Fujimori hat sein Ziel hörbar für die ganze Welt wiederholt offen ausgesprochen: „Dort werden sie verfaulen und nur tot wieder herauskommen."

Die Welt und natürlich erst recht die Regierungen in den Industrieländern kennen diese Fakten und schweigen. Aber das hat Methode.

Als 1986 die Sozialistische Internationale unter Vorsitz des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Lima tagte, nutzte der damalige Präsident Alan Garcia die Gelegenheit und ließ bei einem „Gefängnisaufstand" Hunderte von Gefangenen massakrieren. Brandt nahm dagegen aus den Händen seines verantwortlichen Parteigenossen den höchsten peruanischen Orden in Empfang und schwieg dazu.

Im Februar 1987 schrieb Adelheid Schulz, Gefangene aus der RAF, aus dem Knast Köln/Ossendorf: „ende februar war ja eine delegation aus peru in bonn mit dem peruanischen justizminister. in den nachrichten hieß es, die gespräche gingen um die verstärkte zusammenarbeit bei der bekämpfung des terrorismus, und besonders würde sich der peruanische justizminister für die organisierung des deutschen strafvollzugs interessieren. ich hatte die peruanische delegation am 26.2. hier mitgekriegt ... wir wissen das ja schon lange, wie eng der austausch von erfahrungen über die widerstandsbekämpfung ist und daß das deutsche ‚modell' der vernichtung von gefangenen und ihre formen der guerilla-bekämpfung überallhin exportiert wird. die deutschen bullen führen in peru auch polizeiausbildung durch. wenn man das dann so hautnah erlebt, wie diese peruanischen strafvollzugstypen auf die deutsche isolationstechnologie abfahren, diejenigen, die für die massaker an den peruanischen gefangenen auch mitverantwortlich sind, daran kommt es auf den boden, wie es ist, wie eng alles zusammenhängt – die angst der herrschenden um ihre macht, unsere situation hier und die der gefangenen dort, der kampf dort und der kampf hier, die gemeinsamen und sich vereinheitlichenden anstrengungen der konterrevolution, auf internationaler ebene gegen alle, die um befreiung kämpfen. darin haben wir hier wirklich eine besondere verantwortung, das isolationsprogramm zu brechen, es wird sonst überallhin exportiert mit den 16jährigen brd-erfahrungen und militärisch durchgesetzt, wie gegen die gefangenen in peru, die gegen ihre geplante verlegung in isolationsknäste gekämpft haben."

Im Oktober 1996 wurde Fujimori mit allen Ehren in Bonn empfangen, erzählte von der Zerschlagung des „Terrorismus" und den großen wirtschaftlichen Erfolgen, allerdings nur für eine Minderheit in Peru und für ausländische Konzerne, und bekam einmal mehr die Zusicherung der verstärkten Zusammenarbeit von der Wirtschaft bis zur Anti-Terrorismus-Bekämpfung.

Kinkels erste Reaktion auf die Operation des MRTA-Kommandos war nicht etwa die Unterstützung dessen legitimer Forderungen und die Aufforderung an Fujimori zur Einhaltung der Menschenrechte, sondern er unterstützte Fujimoris Wirtschaftsprogramm und die Vernichtungsstrategie gegen die Gefangenen und bot die Entsendung von „BKA-Experten" an. Ab und an ist zu lesen, daß sich auch deutsche Sondereinheiten vor Ort befinden. Es ist nicht auszuschließen, denn Fujimori orientiert sich an den hiesigen Erfahrungen während der Gefangennahme von Schleyer 1977.

Die Desinformationskampagne in den Medien. Während im TV ständig Demonstranten gegen die „Terroristen" gezeigt werden, wurde bekannt, daß Menschen aus den Armenvierteln durch die Drohung mit Entzug der Lebensmittelhilfe dazu gezwungen wurden. Während das Kommando ihre Gefangenen zu Kriegsgefangenen erklärte und sie nach der Genfer Konvention behandelt, d.h. Freilassung Erkrankter, medizinische Überwachung der anderen usw., drohte Fujimori mit der Stürmung, falls jemand zu Schaden komme, und tat so, als ginge das Verhalten des Kommandos auf seine Drohung zurück. Gegen die politischen Gefangenen dagegen verhängte er Kontaktverbot. Damit ist ihr Leben noch mehr bedroht, wie wir von 77 aus Stammheim wissen.

Die G7-Staaten (USA, BRD, Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada) unterstützen die peruanische Strategie, keinerlei Zugeständnisse zu machen. Verständlich. Denn es ist ihre Politik, die nicht nur in Peru und den Ländern der drei Kontinente exekutiert wird, sondern auch in den eigenen Ländern: Die Ausbeutung und Unterdrückung nimmt zu, die Arbeitslosenzahlen steigen, die soziale Verelendung nimmt zu, die Lebensbedingungen immer breiterer Bevölkerungsschichten verschlechtern sich weiter – und die Profitraten der herrschenden Klassen wachsen. Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher.

Die Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz muß politisch gelöst werden!

Politik muß für die Menschen gemacht werden!

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, 1.3.97

Die politischen Gefangenen der MRTA aus dem Gefängnis von Yanamayo

Wir durchbrechen das totale Schweigen aus dem Hochsicherheitsgefängnis von Yanamayo und richten uns an die nationale und internationale Öffentlichkeit

1. Mit heftigen Emotionen und revolutionärer Kraft begrüßen wir die Sondereinheiten der MRTA, die die japanische Botschaftsresidenz besetzt halten. Damit zeigen sie die politisch-militärische Entwicklung der MRTA und entlarven voll und ganz die Propaganda des Fujimori-Regimes.

2. Wir identifizieren uns vollkommen mit den Zielen, die von unseren Genossen genannt wurden, und vertrauen den Menschen, die die Aktion leiten, im besonderen Comandante Nestor Cerpa Cartolini.

3. Die Diktatur weigert sich, die Freiheit der Gefangenen der MRTA auszuhandeln, und behandelt uns damit wie terroristische Kriminelle. In Peru gibt es einen sozialen Krieg, hervorgerufen durch die Verarmung, die die Regierung Fujimori noch erheblich verschlimmert hat. Was die Regierungspropaganda verschleiert, zeigen ihre eigenen Zahlen: 50% der peruanischen Kinder leiden an chronischer Unterernährung, von 10 Peruanern sind 8 arbeitslos oder unterbeschäftigt, mehr als 7 Millionen Menschen leben in totaler Armut. Die neoliberale Modernisierung hat im Vergleich zu den anderen Staaten Lateinamerikas eine noch größere Rückständigkeit in Peru produziert. Das und die historisch gewachsenen Vorstellungen unseres Volkes von einem gerechten, würdigen und entwickelten Land sind die Ursachen für diesen Krieg. In Peru gibt es eine politische Auseinandersetzung, die kein kriminelles Problem darstellt. die Regierungspropaganda versucht immer, die MRTA und ihre Führer zu verunglimpfen, sie konnten uns weder eine einzige terroristische Aktion gegen das Volk nachweisen noch Kriegsverbrechen noch eine Verbindung mit dem Drogenhandel. Alle Menschen, die sie gegen uns geschickt haben, sind im Kampf gestorben. Auf der anderen Seite gibt es aber durchaus Beweise für terroristische Aktionen und Morde, die von dieser oder vorherigen Regierungen begangen wurden. Es gibt Beweise für Verbindungen von der Regierung zum Drogenhandel, Fälle von Generalen, die mit Banden zusammenarbeiten, Drogen auf den Schiffen BAP und den Flugzeugen FAP (Präsidentenflugzeug) transportieren, die Geld unterschlagen, das aus staatlichen Betrieben stammt. In Peru befinden sich die terroristischen Kriminellen nicht in den Gefängnissen, sondern dort sitzen die revolutionären Freiheitskämpfer.

4. Während den Gefangenen, die die MR-

„Wir werden weiter gegen dieses Regime kämpfen"

TA gemacht hat, trotz der großen und aggressiven Belagerung alle Rechte der Kriegsgefangenen gewährt werden: Zugang zu Presse, Interviews, ständige Betreuung durch das Rote Kreuz, angemessene Ernährung und Gesundheit, Kommunikation mit ihren Familienangehörigen – sie selbst haben gesagt, daß sie würdig behandelt würden, ohne Anfeindungen und schlechte Behandlung, außerdem sind alle freigelassen worden, die nicht direkt mit der gegen das Volk und die Nation gerichteten Politik der Diktatur zu tun haben.

Die Situation der Gefangenen der MRTA ist diametral entgegengesetzt:

a) Die Mehrheit wurde brutaler Folter ausgesetzt, viele sind wegen der Folter gestorben.

b) Wir alle sind von einer Justiz verurteilt worden, die sich über alle juristischen Grundregeln lustig macht, ohne das Recht auf wirkliche Verteidigung, Verurteilungen, bevor die Verhandlung überhaupt erst anfängt. Das sind die Charakteristiken der Gerichte, die mit vermummten Gesichtern verhandeln.

c) Während eines ganzen Jahres waren wir total isoliert.

d) 23,5 Stunden des Tages sind wir in den Zellen eingeschlossen, die nur 2x2,5 Meter groß sind. Dort leben 2 Gefangene, es ist unmöglich, darin zu gehen. In anderen Gefängnissen müssen dort sogar 3 oder 4 Gefangene leben. Wir haben nur das Recht auf eine halbe Stunde Hofgang pro Tag.

e) Die Zensur unserer Lektüre geht so weit, daß sie uns sogar Werke des Nobelpreisträgers Garcia Márquez verbieten.

f) Jede Information über das, was im Lande geschieht, ist uns verboten.

g) Uns ist nur eine halbe Stunde Besuchszeit im Monat zugestanden, und die in einem Raum, der sehr scharf bewacht wird, unter Anfeindungen seitens der Polizei. Unsere Kinder dürfen uns sogar nur einmal in drei Monaten besuchen.

h) Es gibt absurde Anweisungen über das Schicken von Lebensmitteln – wir dürfen keine Lebensmittel erhalten, die irgendeine Vorbereitung benötigen. Die Lebensmittel, die ankommen, werden zerkleinert, damit sie nicht mehr so lange haltbar sind. Das gleiche gilt für Medikamente.

i) Die Zensur, die unsere Briefe betrifft, ist sehr umfassend und streng.

j) Die Ernährung ist mangelhaft. Das, zusammen mit den anderen Lebensbedingungen im Gefängnis, führt zu dem Ergebnis, daß viele an ernsten Krankheiten leiden, viele sind sogar aus den genannten Gründen gestorben, und es gibt das Risiko, daß das gleiche mit den anderen Gefangenen passiert.

k) Es ist nicht erlaubt, Werkstätten zu erringen, und man verbietet uns mit irgendwelchen Argumenten, daß Arbeitsmaterialien Zugang zum Gefängnis erhalten. Ohne Werkzeuge sind wir auf unseren Zellen zur Untätigkeit verdammt.

l) Schreibwerkzeuge sind völlig verboten. Es gibt Fälle wie den von Chonillos, dem nichts erlaubt ist und er deshalb nicht mal seiner Familie schreiben kann.

m) Die Politik in den Gefängnissen ist bestimmt von Anfeindungen, Mißbrauch und

Die Nationale Leitung der Revolutionären Bewegung Túpac Amaru wendet sich an das peruanische Volk und an die internationale Gemeinschaft, um folgendes mitzuteilen:

1. Fast drei Monaten nach der Besetzung der Residenz des japanischen Botschafters durch die Sondereinheit EDGAR SANCHEZ ist aufgrund der starren Haltung der Regierung keine Lösung des Konfliktes in Sicht.

2. Die MRTA hat ihren Willen bekundet, zu einer politischen Lösung dieses Konflikts beizutragen. Mit der gleichen Entschlossenheit bekräftigen wir, daß diese Lösung nur durch die Freilassung unserer Mitglieder und jener, die fälschlicherweise beschuldigt werden, der Subversion anzugehören, erreicht werden kann. Diese Gefangenen werden in den Gefängnissen Perus grausam und erniedrigend behandelt und sind einem Prozeß der langsamen Vernichtung ausgesetzt.

3. Seit Beginn dieser Aktion hat das Regime des Herrn Fujimori seine absolute Mißachtung des Lebens der Kriegsgefangenen in der Residenz zum Ausdruck gebracht. Mehrere Regierungssprecher haben die Opferung dieser Herren für „die Demokratie, den Rechtsstaat und das Autoritätsprinzip" gefordert.

4. Die Regierung hat wiederholt ihren Willen zu einer militärischen Lösung gezeigt: – Wasser, Strom und die Telefonverbindung wurden gekappt. – Steine und Äste wurden auf das Gebiet der Residenz geworfen. – Den Guerrilleros wurde ein Ultimatum gestellt, innerhalb dessen sie sich ergeben und die Waffen abliefern sollten. – Die nationale und internationale Presse wurde unter Druck gesetzt. Von ihr wurde verlangt, daß sie aufhören zu informieren, daß sie ihre Information einschränken bzw. vorzugsweise, daß sie sich der Desinformationskampagne der Regierung anschließen. – Das Gebiet wurde durch Kampffahrzeuge und Militär abgesperrt. – Starke Lautsprecher wurden installiert. – Es gab eine Parade von Minensuchfahrzeugen und Polizeieinheiten mit spezieller Kampfausrüstung vor der Residenz. – Überflüge durch Kampfhubschrauber des Militärs.

All dies sind klare Beweise dafür, daß die Regierung nicht gewillt ist, eine friedliche Verhandlungslösung für die Krise zu finden.

5. Die überraschenden Reisen Fujimoris in mehrere Länder hatten nie zum Ziel, sich einer friedlichen Verhandlungslösung zu nähern. Vielmehr ging es darum, Zeit zu schinden und die Bedingungen für einen militärischen Ausgang zu schaffen.

6. In diesem Zusammenhang ist auch der Tunnelbau zu sehen, der durch den „effizienten" SIN konzipiert wurde.

7. Letzerer Vorfall bedeutet auch eine Benutzung und Verhöhnung der Gewährsleute, die als Mittler bei der Suche nach einer politischen Lösung dieser Krise fungieren.

8. All dies beweist, daß die Regierung keine politischen Vorschläge für eine Verhandlungslösung der Krise macht.

Aus diesen Gründen hat Kommandant Huerta, der die Sondereinheiten, die die Residenz besetzt haben anführt, die Verhandlungen unterbrochen. Angesichts der mangelnden Ernsthaftigkeit des Regimes muß Herr Fujimori den Bau dieses Tunnels erklären und auch, warum er weiterhin die militärische Option als die beste Lösung ansieht, trotz der hohen sozialen Kosten, die dieser militärische Ausgang laut seinem eigenen Geheimdienst bedeuten würde. Demnach wird davon ausgegangen, daß 75-80% der Kriegsgefangenen durch die Polizei- und Militärkräfte umgebracht würden. Fujimori muß sich dazu verpflichten, den Willen der nationalen und internationalen Öffentlichkeit zu respektieren, die eine friedliche Lösung verlangt. Zusätzlich muß er die Kommission der Gewährsleute respektieren sowie die Übereinkünfte, die im Laufe der Verhandlungen getroffen werden.

Nationale Leitung der MRTA

Túpac Amaru lebt und wird siegen!

Strafen. Sie provozieren die Gefangenen ständig, und bei nur der geringsten Reaktion gibt es Strafen nach Lust und Laune der Autoritäten. Bei den gefangenen Frauen ist die Situation noch schlimmer. Sie verletzen ständig die Würde der Frauen und greifen sie sexuell an.

n) Die Situation auf dem Marinestützpunkt ist noch schlimmer. Dort können sich die Gefangenen nicht sehen oder gemeinsam auf den Hof gehen, sie können keine produktive Arbeit machen, sie dürfen keine Bücher lesen wie die „Historia" von Jorge Basadre oder die „Erinnerungen" von Winston Churchill. Obwohl sich ihre gesundheitliche Situation erheblich verschlechtert hat, werden die Haftbedingungen nicht geändert.

Diese Haftbedingungen verletzten die internationalen Konventionen, die Menschenrechte und auch die Verfassung und die Gesetze, die von dieser Regierung gemacht wurden. sie haben die langsame, systematische Vernichtung der Gefangenen zum Ziel.

5. Diese Charakteristik der Gefängnisse in Peru haben sich in Yanamayo sogar noch verschlimmert. Der neue Direktor Comandante Victor Ordinola Ruiz regiert mit noch mehr Restriktionen und bestimmt andere, an deren Legalität stark zu zweifeln ist.

Diese Politik gegen die Gefangenen der MRTA hat sich nach der Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz noch verschlimmert. Sie haben den Besuch von Angehörigen untersagt, außerdem verbieten sie das Schicken von Nahrungsmitteln und Medikamenten. Es gibt viele Razzien, die sich gegen uns richten. Angesichts von Protesten verschärfen sie die Sanktionen. Das alles schafft ein Klima, das jedes Mal angespannter ist und in dem äußerst schwerwiegende Dinge passieren könnten.

Wir, die kämpfenden Genossen der MRTA, haben den Autoritäten gezeigt, daß wir weiter protestieren, daß wir verschiedene Agitationsaktionen gemacht haben und daß wir unsere Entscheidung öffentlich gemacht haben, weiter gegen dieses Regime zu kämpfen. Man hat uns bedroht mit einer Verlegung nach Callapalca und mit einer massiven Selektion und Vernichtung.

Wir, die kämpfenden Genossen der MRTA, haben unsere Entscheidung zu kämpfen bekräftigt, und wir werden – wie die Genossen in der Botschaftsresidenz – die notwendigen Kosten auf uns nehmen, selbst unser Leben einsetzen, wenn es nötig ist.

6. Wir fordern:

– die Wiederherstellung des Besuchsrechts

– Besuche vom Roten Kreuz, die von der Regierung verboten wurden

– Besuche von Kirche und Journalisten

– Zugang zu Informationen über nationale Ereignisse

– radikale Veränderung der momentanen Gefängnisordnung.

7. Wir fordern die Regierung auf, über die Forderungen unserer Genossen ernsthaft zu verhandeln und ihre Provokationspolitik zu beenden.

8. Wir bekräftigen unser Vertrauen in die Genossen und ihre Anführer, die sich in der Botschaftsresidenz von Japan aufhalten.

Wir sind sicher, daß wir siegen werden. Mit der Freilassung der Gefangenen der MRTA wird der Kampf unseres Volkes gestärkt werden.

Wir identifizieren uns voll und ganz mit den Plänen und politischen Entscheidungen.

Es lebe die Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz
Mit den Massen und den Waffen
Patria o Muerte (Vaterland oder Tod)
Venceremos

Für die Gefangenen der MRTA in Yanamayo
C. Miguel Rincón, Mitglied der CEN



Eine Postkartenaktion der Roten Hilfe

Der Text der Postkarte an Fujimori u.a. auf deutsch:
„Ich bin besorgt um die Menschenrechte in der Welt und speziell in Peru. Aus Ihrem Land erhalte ich beunruhigende Nachrichten, wie z.B. über die Haftbedingungen von Victor Polay, María Cumpa und Peter Cárdenas, die total isoliert werden und deren Gesundheit sehr angeschlagen ist. In derselben Situation befinden sich andere Gefangene in Militär- und Hochsicherheitsgefängnissen. Diese Tatsachen vertragen sich nicht mit dem Stand demokratischer Entwicklung, wie er in der Welt besteht. Deswegen bitte ich um Garantien für ds Leben, die physische und psychische Unversehrtheit der politischen Gefangenen Perus."
Gerichtet an: Sr. Presidente de la República del Peru: Sr. Alberto Fujimori + Sr. Ministro del Interio / Sr. Ministro de Justicia, Palacio de Gobierno, Plaza de Armas – Lima 1"
Erhältlich sind die Postkarten (spanisch/deutsch) bei: Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel, Tel+Fax: (04 31) 7 51 41

Protestaktion im Saarländischen Staatstheater

während einer Fidelio-Aufführung im Zusammenhang der Mobilisierungen zum 18. März

Wir haben heute während einer Aufführung der Oper „Fidelio" – in der es um die Situation und die Befreiung eines politischen Gefangenen geht – im Saarländischen Staatstheater, nach der Pause, eine Protestaktion durchgeführt. Mit dieser Aktion wollen wir eine solidarische Öffentlichkeit über die Besetzung der japanischen Botschaft in Lima/Peru durch ein Kommando der Revolutionären Bewegung Tupac Amaru (MRTA) schaffen. Die MRTA fordert neben einer veränderten Wirtschaftspolitik, die das Wohl der Mehrheit der Bevölkerung zum Ziel hat, die Freilassung von über 400 politischen Gefangenen.

In Peru gibt es ungefähr 5.000 politische Gefangene. Sie müssen unter unmenschlichen und entwürdigenden Bedingungen leben. Sie werden teilweise in unterirdischen dunklen Zellen festgehalten. Sie haben keinen Zugang zu Büchern, Zeitungen oder Radio. Sie leiden fast alle an Krankheiten und haben in den Knästen keine Chancen auf Heilung. (...)

Die Forderungen der Botschaftsbesetzer und -besetzerinnen müssen erfüllt werden. Die Gefangenen müssen freikommen.

Zum Ablauf: Wir haben ein Transparent entrollt: Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit –, entsprechende Parolen skandiert, dazu vom zweiten Rang Flugblätter runtergeworfen und einen Beitrag zur Situation der Gefangenen in Peru gehalten, worin wir uns ausdrücklich mit den Zielen der Botschaftsbesetzer und -besetzerinnen solidarisieren. Diesen Beitrag konnten wir allerdings nicht ganz halten. Nachdem das Gerangel mit Angestellten des Theaters immer größer wurde, haben wir Parolen rufend den Saal verlassen.

Unsere Aktion heute verstehen wir als einen kleinen Beitrag dafür, das Schweigen um die Situation der politischen Gefangenen zu brechen. Nicht nur in Peru, sondern überall auf der Welt sind Menschen, die für soziale Gerechtigkeit, für Befreiung und Emanzipation kämpfen, eingekerkert. Sie alle sind ständig mit physischer und psychischer Folter oder auch mit der Todesstrafe konfrontiert. Überall auf der Welt kämpfen politische Gefangene in Hungerstreiks und Rebellionen um ihr nacktes Überleben und um ihre Würde. Ihnen gehört unsere Solidarität.

Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung! Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

Internationalistinnen und Internationalisten aus Saarbrücken — Saarbrücken, den 16.3.1997

Gegen die Stille der Normalität

Am 21. Februar 1987 wurden Joëlle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon und Jean-Marc Rouillan, als Militante der kommunistischen und antiimperialistischen Organisation Action Directe verhaftet. In mehreren Schauprozessen zu lebenslänglicher Haft verurteilt, sitzen sie seitdem unter verschiedensten Sonderhaft-bedingungen im Knast.

Weil uns – einigen Leuten aus der BRD – diese politischen Gefangenen, ihr Kampf, ihre Erfahrungen als FreundInnen, GenossInnen oder Angehörige wichtig sind, schreiben wir ihnen, besuchen sie und setzen uns mit ihrer Politik auseinander. Der 10. Jahrestag der Verhaftung, ist für uns ein Anlaß über die Situation der Gefangenen zu informieren und dazu beizutragen, daß das Kalkül des Staates nicht aufgeht, den Mantel des Stillschweigens über die Existenz der politischen Gefangenen, ihre Erfahrungen als Militante der Guerilla und ihren Kampf im Knast auszubreiten.

In den 10 Jahren Gefangenschaft ging es dem Staat von Anfang an darum, die politische Identität der Gefangenen zu brechen und mit ihnen die politische Erfahrung des bewaffneten Kampfes in Frankreich auszulöschen. Mit den Gefangenen sollte auch der Kampf von Action Directe hinter den Knastmauern vergraben werden.

Die Mittel um dieses Ziel zu erreichen, haben sich im Laufe der 10 Jahre gewandelt: von der brutalsten Form der Totalisolation und Teilisolation, die unmittelbar auf den schnellen physischen und psychischen Zusammenbruch der Gefangenen zielte, hin zu einer weniger sichtbaren Methode, der „Normalisierung", die auf die schleichende Austrocknung der sozialen und politischen Kontakte und die vollständige Negation der Existenz politischer Gefangener, die Negation der Politik überhaupt zielt.

„Die Geschichte des Kampfs um Befreiung von seiner Zukunft zu trennen", ist dabei das übergreifende Ziel, das die staatliche Politik in der Behandlung der revolutionären Gefangenen in Frankreich, wie überall bestimmt, auch wenn die Methoden sehr verschieden sind.

Diejenigen, die sich heute engagieren, und nach Wegen und Perspektiven suchen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse radikal zu verändern, sollen nichts von den Kämpfen und Erfahrungen der Gefangenen lernen können, am besten gar nicht wissen, daß es sie überhaupt gibt, während gleichzeitig die Gefangenen von der Möglichkeit neue Kontakte aufbauen zu können, von aktuellen Kämpfen zu erfahren, sich an politischen Diskussionen beteiligen und Erfahrungen austauschen zu können abgeschnitten werden sollen.

Die Gefangenen haben von Anfang an gegen diese Strategie, für die Verteidigung ihrer Identität und die Weiterentwicklung ihrer politischen Ziele, für die sie im Knast sitzen gekämpft.

Als politische Gefangene haben sie ihren Kampf sowohl mit dem der anderen politischen Gefangenen in Westeuropa, wie international, als auch mit dem Widerstand der sozialen Gefangenen gegen die Logik der Unterwerfung und Differenzierung in den Knästen verbunden.

„Wenn die politische Haft auch ein besonderes und spezifisches Terrain ist, ist sie doch nicht getrennt von einem allgemeinen Zusammenhang – dem Einsperren, dem Zehntausende von Proletariern und Unterdrückten unterworfen werden. Die politische Haft ist ein Moment des revolutionären Kampfes und das Einsperren ist ein Moment der Durchsetzung der bürgerlichen Diktatur, die Sanktion gegen die Übertretung der bürgerlichen Ordnung."

Der Aufbau von Widerstand im Knast ist unmittelbar mit dem Kampf um das Leben, um die Verteidigung der politischen und menschlichen Identität verknüpft. Mit mehreren langen und harten Hungerstreiks haben die politischen Gefangenen aus Action Directe für ihre Zusammenlegung, für die Aufhebung der politischen Zensur, gegen die Trennung von den anderen Gefangenen und für die Schließung aller Isolationstrakte und Sicherheitsabteilungen gekämpft. Ein Kampf für das Leben, gegen das schleichende Ersticken durch die Isolation und die Zange der Erpressung aus Unterwerfung oder Vernichtung.

„Der Hungerstreik ist ein besonderes Mittel des Kampfes, weil der Kampf für das Leben im wahrsten Sinne des Wortes über den Körper geht. Wie jeder Widerstand ist er ein Drang zu leben, es zu behaupten. Ein unveräußerliches Recht aller Unterdrückten, sich zu wehren. Der Staat seinerseits unternimmt alles um diese Form des Kampfes zu disqualifizieren. Der Erpresser, dessen Geiseln die Gefangenen sind, hüllt sich in den Mantel des Opfers, als ob er es wäre, an dem eine Erpressung der schlimmsten Sorte ausgeübt wird."

Gegen die zahlreichen Behinderungen der Kommunikation, der Zensur von Zeitungen, Broschüren, Flugblättern, dem Verschwindenlassen oder monatelangem Verzögern der Post, haben die Gefangenen aus Action Directe auch immer dafür gekämpft, neben dem Briefwechsel mit anderen politischen Gefangenen, GenossInnen und solidarischen Menschen und Initiativen draußen, mit ihren Mitteln als politische Gefangene in den aktuellen Kämpfen und Diskussionen präsent zu sein: Erklärungen, Grußadressen und Solidaritätshungerstreiks zu Mobilisierungen gegen die EU, gegen die Aufhebung des Asylrechts in der Festung Europa, in der internationalen Solidaritätskampagne gegen die Hinrichtung und für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, Beteiligung an der Ausstellung von „International political prisoners unite to save Mumia Abu-Jamal"...

Mit der Beteiligung an der Zeitung Front, der Übersetzung von Erklärungen und Diskussionspapieren arbeiten sie an der Weiterentwicklung einer internationalen Diskussion revolutionärer Perspektiven. Ihre Sicht der Kämpfe der 70er und 80er Jahre, der Erfahrungen der Guerillaorganisationen in Westeuropa und ihre Analysen der aktuellen politischen und ökonomischen Entwicklungen sind für uns ein wichtiger Beitrag für die Diskussion, gerade in der heutigen Situation, die oft von Resignation, Desorientierung und Ratlosigkeit geprägt ist.

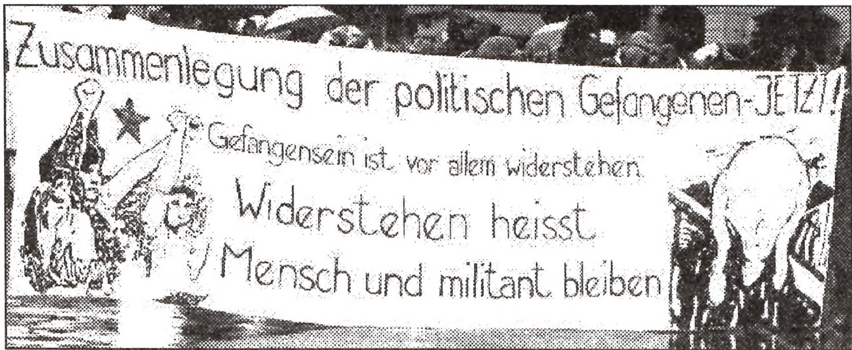
Auch wenn die Gefangenen aus Action Directe sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der staatliche Strategie der Vernichtung widersetzt haben, konnte der Staat auch aufgrund der Schwäche der Bewegung draußen und der geringen Solidarität in Frankreich selbst, die Isolation in kaschierter Form über 6 Jahre aufrechterhalten.

Im Sommer 1993 wurde Georges Cipriani in die Psychiatrie von Villejuif eingeliefert und zwangsweise mit Neuroleptika „behandelt", auf die Isolation erfolgt die chemische Zwangsjacke. Heute im Knast von Ensisheim inhaftiert, kämpft er seitdem mit den psychischen Folgen jahrelanger Isolation. Da der Genosse sich in Folge der Situation nicht länger zum Kollektiv der Gefangenen aus Action Directe zugehörig fühlte und wir heute keinen direkten Kontakt zu ihm haben, steht es uns nicht zu, seine Situation über die objektiven Fakten hinaus in diesen Zusammenhang zu stellen. Auch wenn wir heute keine Lösung für diese Situation haben, ist es uns trotzdem wichtig zu diesem Anlaß unsere Solidarität mit Georges Cipriani auszudrücken.

Mit der heutigen Strategie der „Normalisierung" geht es dem Staat darum, das Problem, der politischen Gefangenen durch die Stille zu lösen. Als lebendiger Ausdruck der Kontinuität des Kampfes, sind sie für den Staat ein ewiges Hindernis in der Aufrechterhaltung und Verewigung kapitalistischer Herrschaft und dem Versuch die Geschichte und Aktualität von revolutionärem Widerstand auf vergangene Epochen und Zei-

ten zu reduzieren.

Im gleichen Maß wie die Auseinandersetzung mit den Gefangenen für uns wichtig und fruchtbar ist, ist sie dem Staat unerträglich. Vor allem die Tatsache, daß es trotz aller Isolationsmaßnahmen in den 10 Jahren nicht gelungen ist die Gefangenen zum Schweigen zu bringen, und daß es immer noch Menschen gibt, die sich von der staatlichen Propaganda und Repression nicht abhalten lassen, den Kontakt mit den politischen Gefangenen aus Action Directe zu suchen.



Und so hält der Staat daran fest, ein Vakuum um die Gefangenen zu schaffen. Über einen kleinen und begrenzten Kreis von Personen hinaus soll nichts nach drinnen oder draußen dringen. Neue Kontakte sollen unmöglich gemacht, bestehende nicht intensiviert werden. Nachdem Ende 1990 erstmals Nicht-Angehörige zum Besuch zugelassen wurden, wurden seit 1991 systematisch keinerlei neue Besuchserlaubnisse erteilt. Statt dessen wurde der Kreis der BesucherInnen durch willkürlichen Ausschluß über Sicherheitsvorwände, zeitweilige Aufhebung von Besuchserlaubnissen noch verringert.

Auch die Trennung der Gefangenen untereinander und die Beschränkung von Kontakten zu anderen Gefangenen wird aufrechterhalten. Die Zusagen, die vor Beendigung des Hungerstreiks 1989, vom damaligen Justizminister gemacht wurden, wurden nicht eingehalten. Als Schritt in Richtung der Zusammenlegung, sollte es regelmäßige Besuche der Gefangenen (Männer + Frauen) untereinander geben. Außerdem die ungehinderte Teilnahme an Gemeinschaftsaktivitäten. Das DPS-Statut (besonders überwachte Gefangene) bietet heute den Vorwand die Teilnahme an Gemeinschaftsaktiviäten einzuschränken und der Willkür der Knastleitung zu überlassen.

Heute ist es dringlicher denn je, die Strategie der Stille und die Normalität der Abschottung der politischen Gefangenen nicht zu akzeptieren. Zehn Jahre nach ihrer Festnahme, müssen die Gefangenen aus Action Directe untereinander zusammenkommen können und ihre Beziehungen zu Verwandten und Freunden unter korrekten Bedingungen aufrechterhalten können. Genauso müssen sie sich neue Kontakte aufbauen und mit denen diskutieren können, die Lust haben sie kennenzulernen, ihre Geschichte und heutigen Kampf, ihre Erfahrungen als Militante der Guerilla und als politische Gefangene.

Für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen aus Action Directe!
Für ihre freie Kommunikation mit draußen!

Informationen über die Situation der politischen Gefangenen aus Action Directe, Bestellungen von Broschüren und Texten sowie Postkartenserien mit Collagen von Joëlle Aubron: Internationalistisches Komitee, Alte Feuerwache, Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken. – Die Zeitung „Front" Nr. 1-7 (nur auf Französisch); „Zusammenstellung" Nr. 1-7 (deutsche Übersetzungen der Texte der Gefangenen und aktuelle Informationen); 3 farbige Postkartenserien à 8 Motive; Solidaritätspostkarte zu Mumia Abu-Jamal...

Die Adressen der Gefangenen:

Joëlle Aubron	*Nathalie Ménigon*	*Jean-Marc Rouillan*
prisonnière politique	prisonnière politique	prisonnier politique
MAF 31504 u	MAF 32091 g	969 B204
9, av. des Peupliers	9, av. des Peupliers BP 166,	Rue des Saligues
91700 Fleury Mérogis	91700 F–leury Mérogis	65300 Lannemezan

Action Directe

Action Directe gründete sich Ende der 70er Jahre in Frankreich im Zusammenhang mit dem Entstehen der Metropolenguerilla in verschiedenen westeuropäischen Ländern. *„Die Individuen und Gruppen, welche verschiedene Erfahrugnen von bewaffneter Propaganda gemacht haben, haben die Notwendigkeit empfunden, sich über punktuelle Aktionen oder politische Kampagnen (...) hinaus, ein Werkzeug zu geben, um eine kommunistische Strategie voranzutreiben. Seit Beginn unseres Erscheinens sind wir eine kommunistische Guerilla gewesen, den antiimperialistischen Kampf von einer Klassenposition aus verteidigend: – die Konsequenz – ein praktisches Verständnis von der Notwendigkeit der revolutionären Illegalität."* (AD 1982)

In dem Ziel den bewaffneten Kampf, seine strategische und taktische Notwendigkeit als Teil eines langandauernden revolutionären Kampfes, in Frankreich einzupflanzen erfolgt eine erste Phase von Aktionen: *„Wir haben drei grundlegende Sektoren bevorzugt, auf denen sich die kapitalistische Restrukturierung abspielt: Imperialismus und Immigration, Lohnarbeit, Wohnungs- und Lebensbedingungen."* (AD 1982)

„Während die erste Phase auf die Einpflanzung der Strategie in das Innere der proletarischen Ghettos zielte, war die zweite Phase darauf gerichtet, wieder an die Linien der globalen Entwicklung der Strategie anzuknüpfen.(...) In den Ghettos haben wir – praktisch – verstanden, daß das proletarische Bewußtsein keinerlei Trennung akzeptieren kann. Daß die Neuzusammensetzung der Klasse durch den Internationalismus führt ... (...) Wir haben keinerlei internationale Kontakte gesucht, sondern über unsere Aktionen den Internationalismus hier praktiziert." (AD 1984)

Action Directe kämpfte seitdem für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa, die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfes der westeuropäischen Guerillaorganisationen und Widerstandsbewegung gegen die zentralen Projekte des Imperialismus in der Herausbildung eines vereinheitlichten west-europäischen Machtblocks. Mit zahlreichen Interventionen gegen ökonomische, politische und militärische Einrichtungen und Funktionsträger, die repräsentativ für die reaktionäre Formierung, das Roll-Back gegen die Befreiungskämpfe im Trikont und den Kurs der verschärften Ausbeutung und Unterdrückung waren, war Action Directe ein wichtiger Faktor in den internationalen Mobilisierungen und Offensiven, die Anfang bis Mitte der 80er Jahre quer durch Westeuropa ihren Ausdruck fanden. Ihre Politik bestimmte sich auch innerhalb der antiimperialistischen Front, die 1982 von der RAF vorgeschlagen wurde.

Der Verhaftung der 4 Militanten im Februar 1987 waren weitere Verhaftungen vorausgegangen, und sie beendete die politisch -militärische Aktivität von Action Directe. In der Propaganda und den Prozessen wurden die 4 Gefangenen für alle bewaffneten Aktionen der Organisation verantwortlich gemacht und in mehreren Prozessen zu lebenslänglich verurteilt. *„Der Staat wollte siegen und schnell siegen, um mit der Organisation und vor allem mit der Guerilla, der politischen Praxis des bewaffneten Kampfes Schluß zu machen. Wir standen für beides, die Organisation und die Guerilla. Deshalb wurden wir sofort als Mitglieder der Kommandos beschuldigt, bis hin zu der Posse, uns für ihre sämtlichen bewaffneten Aktionen verantwortlich zu machen."*

Kampf für Zusammenlegung und für die Schließungder Isolationstrakte

„Eine Sonderhaft, die geplant war als Versuch, uns zu zerstören und uns für die Demonstration ‚ihre Stärke und unsere Schwäche' einzuspannen."

Nach ihrer Verhaftung im Februar 1987 wurden die 4 Gefangenen über 2 Jahre vollständiger Totalisolation unterworfen. 23 Stunden auf der Zelle, Hofgang allein, in einem vergitterten Betonkäfig. Permanente Überwachung und Protokollierung jeglicher Lebensäußerung. In den ersten Monaten, keinerlei Besuche außer Anwälten, dann vereinzelt Angehörige. Schreibverbot untereinander, Beschlagnahme, monatelange Verzögerung oder Verschwinden der Korrespondenz, Zensur politischer Broschüren, Zeitungen, etc.

„Dieser Kampf, der die „Normalisierung" Vernichtung brach, war die Behauptung unserer Kollektivität und unserer Entschiedenheit, Mut zum Kämpfen zu haben, um vom Gefängnis aus unsere militante Praxis fortzusetzen und zu entwickeln ..."

Ende 1987 nahmen die Gefangenen gegen diese Vernichtungshaft einen unbefristeten Hungerstreik auf. 116 Tage dauerte dieser Kampf gegen die Isolationsfolter, für die Schließung der Isolationstrakte und für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Die Gefangenen unterbrachen ihren Kampf, nachdem ihnen das Ende der Isolationshaft, Möglichkeiten der Kommunikation mit drinnen und draußen sowie eine schrittweise Zusammenlegung zu zweit zugesagt wurde. Tatsächlich wurde die Isolation nur minimal gelockert und durch Hofgang mit einer/m ausgesuchten Gefangenen kaschiert. Kurzfristige Verbesserungen bei der Zensur wurden bald zurückgenommen. Dennoch konnte durch den Kampf ein erster Einbruch gegen die Vernichtungshaft erreicht werden und er reihte sich ein in die Kämpfe der sozialen Gefangenen gegen die Isolationstrakte.

Mitte 1988 verkündete der damalige Justizminister Arpaillange das Ende der Isolationsfolter und die Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Auch wenn der Staat hiermit gegen alle Propaganda der Normalität der Haftbedingungen die Anwendung der Folter zugab, begann damit tatsächlich eine Phase verschärfter Differenzierung, Spaltung und Erpressung der politischen Gefangenen. Nur wenige Tage später legitimierte der Premierminister Rocard die Isolationshaft für politische Gefangene, die wegen 'blutiger Verbrechen' angeklagt oder verurteilt sind.

„... die Bourgeoisie leitete eine neue Etappe im konterrevolutionären Krieg im Gefängnis ein, die durch die Fragestellung charakterisiert ist: Resozialisierung oder Folter, Abschwören oder Vernichtung."

Im April 1989 nahmen die 4 Gefangenen ihren Hungerstreik wieder auf. 92 Tage kämpften sie erneut für ihre Zusammenlegung, für Kommunikation mit drinnen und draußen und für die Schließung der Isolationstrakte und Sicherheitsabteilungen.

Aufgrund der Zusagen die ihnen vom Justizministerium gemacht wurden, brachen die Gefangenen ihren Hungerstreik am 21. Juli 1989 ab: Benachbarte Zellen und gemeinsamer Hofgang (jeweils der Männer und Frauen), Zugang zu allen Gemeinschaftaktivitäten, Ende der politischen Zensur und Besuche der 4 Gefangenen untereinander.

„In der Tat, wie sich im einzelnen die Methoden entwickelt haben, mit denen sie uns ersticken, hängt ab von der Entwicklung der Kämpfe. Das konkrete Ziele des Staates bleibt die Vernichtung unserer Politik und unserer Kollektivität, aber sie waren gezwungen ihre Mittel zu ändern; die Kämpfe greifen die Normalität der Projekte an."

Aber schon bald nach dem Ende des Hungerstreiks zeigte sich, daß der Staat die gemachten Zusagen bis auf wenige nicht einhielt und statt dessen eine lange Phase der Teilisolation für die Gefangenen begann. Die Frauen waren in einer eigens für sie konstruierten Abteilung im Knast von Fleury Mérogis, die Männer in der Spezialabteilung D1 von Fresnes, hermetisch abgeschlossen vom Rest des Knastes. Weitere Jahre gab es weder eine Teilnahme an irgendwelchen Gemeinschaftsaktivitäten (Sport, Kurse) noch wurden die von den Ermittlungsrichtern genehmigten Besuche der Gefangenen untereinander jemals in die Tat umgesetzt.

„Die Normalisierung und die Negation – da ist die Stille, d.h. auch die Akzeptanz der Stille einzupflanzen. Und mehr und mehr bildet diese Stille den Raum der politischen Haft, die gesicherte Form der Negation."

Von Januar 1991 bis April 1993 führten die Gefangenen eine Hungerstreikkette durch in dem sie über 2 Jahre jeweils abwechselnd eine Woche im Streik waren. Neben der Bekräftigung ihrer Forderung nach Zusammenlegung ging es um einen langandauernden Kampf für den Aufbau einer *„Widerstandsfront gegen die Klassenjustiz und gegen das Gefängnis. (...) Dieser neue Kampf läßt sich von der Orientierung am Aufbau leiten. Heute in der Phase des extremen Zurückweichens und der Schwäche der revolutionären Bewegung kann jeder Aufbau nur bescheiden sein ... (...) Aber genauso wahr ist, daß in einer solchen Phase des Zurückweichens jeder Aufbau wesentlich wird, um ihre Umkehrung möglich zu machen."*

„Die Situation der Gefangenen ist immer eine vorläufige Situation, es sei denn, sie haben ihr politisches Projekt losgelassen."

Mumia Abu-Jamal

Neuer Hinrichtungsbefehl droht

Der nächste Hinrichtungsbefehl steht bevor, Ende Februar hat Pennsylvanias Oberster Gerichtshof Mumia Abu-Jamal eine mündliche Anhörung über seinen Wiederaufnahmeantrag verweigert.

(...) Im Juli 1995 hatte Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge einen Hinrichtungsbefehl für Mumia unterzeichnet und das Hinrichtungsdatum auf den 17. August 1995 festgelegt. Durch eine breite internationale Mobilisierung gelang es, eine Aussetzung des Hinrichtungsbefehls zu erreichen. Aber der zuständige erstinstanzliche Richter Albert F. Sabo lehnte Mumias Antrag auf ein neues Verfahren im September 1995 ab. Kurze Zeit später gingen Mumias Anwälte vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania gegen diese Entscheidung in Berufung. Lange Zeit hüllten sich die sieben Richter beim Obersten Gerichtshof über diesen Antrag in Schweigen. Sie machten allerdings durch Vorentscheidungen deutlich, daß sie Mumias Entlastungszeuglnnen keinen Glauben schenken. Am 27. Februar erließ der Oberste Gerichtshof jetzt eine Entscheidung, daß Mumia keine mündliche Anhörung in dem Berufungsverfahren haben wird.

Mumias Anwälte hatten eine mündliche Anhörung beantragt, weil sie gehofft hatten, dem Obersten Gerichtshof dadurch noch einmal die über 500 Seiten an neuen Beweisen zugunsten von Mumia erläutern zu können. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes ist wegweisend: Es ist davon auszugehen, daß der Oberste Gerichtshof in nächster Zeit den gesamten Antrag Mumias auf ein neues Verfahren ablehnen wird. Für diesen Fall hat Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge schon angekündigt, daß er einen neuen Hinrichtungsbefehl unterschreiben wird.

Parallel dazu ist Mumia momentan extrem harten Schikanen seitens der Knastleitung ausgesetzt. (...)

Die vermeintlich ruhige Phase nach dem Sommer 19955 ist mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zu Ende gegangen. Das bedeutet auch, daß der Winterschlaf in der Soliarbeit für Mumia zu Ende gehen muß.

Es ist für Mumia lebenswichtig, daß es gelingt, den Druck auf die politisch Verantwortlichen für seine geplante legale Ermordung wieder zu verstärken, um die Hinrichtung zu verhindern, und ihm zu zeigen, daß er nach wie vor nicht allein ist.

Abschaffung der rassistischen Todesstrafe als Mittel staatlicher Repression.

(Infobüro, Postfach 103 162, 69021 Heidelberg, gekürzt)

❑

Massive Repressalien

gegen unseren Autor Mumia Abu-Jamal im Todestrakt in den USA

Mumia Abu-Jamal ist ein afroamerikanischer Journalist und Schriftsteller. Seit 1981 sitzt er in einer Todeszelle im US-Bundesstaat Pennsylvania wegen eines angeblichen Polizistenmordes ein. Seit Jahren kämpft er mit seinen Anwälten um eine Wiederaufnahme des Verfahrens.

Für den 17.8.95 war seine Hinrichtung vorgesehen, die erst im letzten Moment durch eine große internationale Protestbewegung verhindert wurde, der sich u.a. der ehemalige Bundespräsident v. Weizsäcker anschloß.

1995 erschien auch das erste Buch von Jamal, „Live from Death Row", in der deutschsprachigen Ausgabe unter dem Titel „... aus der Todeszelle". Die Veröffentlichung hatte damals massive Repressalien gegen den Autor zur Folge. Um den US-Abgeordneten McGeehan zu zitieren: „Ob er einen Polizisten umbringt oder einen Buchvertrag im Gefängnis unterschreibt – für das eine wie das andere wird er büßen!" (ARD-Kulturreport v. 23.4.95)

Im Januar 1997 erschien nun sein zweites Buch „*Death Blossoms*" (zu deutsch: „*Todesblüten*") in den USA, in einigen Wochen wird die deutschsprachige Ausgabe aus unserem Verlag der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Seit einigen Tagen werden nun massive Repressalien gegen Jamal ausgeübt:

– Am 16.2. wird sein Zivilanwalt Jere Krakoff von weiteren Besuchen ausgeschlossen, weil er angeblich nicht auf einer Besucherliste steht, obwohl dieses für Anwälte auch nicht vorgesehen ist und er Jamal schon häufig ohne Probleme aufsuchte.

– Chris Zimmermann, langjähriger Besucher und geistlicher Beistand Jamals aus der christlichen ‚Bruderhof Community', wird mit einem generellen Besuchsverbot für alle Gefängnisse Pennsylvanias belegt wegen einer angeblichen „Störung der Anstaltsordnung" (er hatte wenige Sekunden mit einem weiteren Gefangenen gesprochen);

– Anwaltspost wird verbotenerweise geöffnet, zuletzt wurde ein Umschlag mit der Aufschrift „Cop Killer" versehen;

– am 13.2. wird Jamal aufgefordert, binnen 10 Tagen seine ‚dreadlocks' abzuschneiden, obwohl er diese seit Jahren aus weltanschaulichen Gründen trägt – einem Recht, das jedem Gefangenen in den USA zusteht.

Schon 1985 folgte auf eine ähnliche Disziplinarmaßnahme gegen Jamal die Anordnung massivster Isolierung, die 7 Jahre anhielt.

Wir sehen in all diesen Maßnahmen Schritte der Gefängnisverwaltung, Jamal von öffentlichen Kontakten zu isolieren, die durch seine erneute Buchveröffentlichung wieder intensiviert sind.

(...) Erneut ist eine internationale Öffentlichkeit gefordert, das Leben Mumia Abu-Jamals zu retten.

Bremen, den 25.2.1997
Atlantik Verlags- und Mediengesellschaft
Jürgen Heiser u. Reinhard Seekamp

Nachtrag: Mumia hat sich geweigert, seine Dreadlocks abzuschneiden; bisher wurden die Sanktionsdrohungen nicht verwirklicht.

CD-Sampler zugunsten von Mumia Abu-Jamal

Ende März erscheint ein CD-Sampler unter dem Titel „Free Mumia Abu-Jamal" mit verschiedenen bekannten wie unbekannten Bands der Musikszene aus Deutschland. Alle Bands haben auf Gagen verzichtet, auch die Organisatoren des Projekts und alle anderen Beteiligten arbeiten unentgeltlich.



Ziel ist es, die Produktions- und Vertriebskosten so gering wie möglich zu halten, um einen maximalen Erlös dem Unterstützungsfonds für Mumia Abu-Jamal zukommen zu lassen.

Die Gruppe Free Mumia Abu-Jamal Sampler schreibt: „Wir sehen es als Erfolg, daß sich so viele zum Teil bekannte Bands mit ihrer Teilnahme an diesem Sampler solidarisch mit Mumia Abu-Jamal zeigen und die Forderungen eines Wiederaufnahmeverfahrens unterstützen. Wir bedanken uns bei den Toten Hosen, Blumfeld, Einstürzende Neubauten, Goldene Zitronen, Wahre Schule, Tod und Mordschlag, Swoons, House of Suffering, Rantanplan, Das Zuckende Vakuum, Graue Zellen, Scattergun, Slamtilt, APC, Das Imperium, Whirled Cage, Cycocrime, P.N.E.T.95, H.A.F. und Guts Pie Earshot sowie bei allen, die durch ihre Mithilfe dieses Projekt ermöglicht haben.Auf der CD werden außerdem Interviewausschnitte mit Mumia Abu-Jamal zu hören sein, ausführliche Informationen werden dem Booklet beiliegen.

Erhältlich sein wird die CDU vorläufig auf dem Postweg: 20,– DM + 4,– DM Porto / Versand an
Free Mumia-Jamal Sampler,
Weisestr. 53, 12049 Berlin (nur Vorkasse)"

Petra Elser aus dem Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen schreibt:

José Mari Aranzamendi – baskischer politischer Gefangener – war seit 1995 im Knast von Alcala-Meco bei Madrid eingesperrt. In seinem Wohnort Elorrio wurde er im selben Jahr in den dortigen Gemeinderat gewählt, mit Handschellen gefesselt nahm er seinerzeit seinen Sitz ein. Am 7. Februar 1997 wurde er tot in seiner Zelle gefunden – erhängt an einem Schal, Hände und Füße gefesselt, die Augen mit einem Stirnband verbunden.

Eugenio Aranburu war Vorstandsmitglied von Herri Batasuna (HB). Er sollte am 10. Februar 1997 vor einem spanischen Gericht aussagen, wegen eines Videos von HB, in dem u.a. Mitglieder von ETA Vorschläge für eine politische Lösung im Baskenland machen. Seine Inhaftierung, die siebte von einem HB-Vorstandsmitglied innerhalb weniger Tage – war wahrscheinlich. Am Morgen desselben Tages findet man ihn erhängt im Bauernhof seines Bruders.

Beide waren miteinander befreundet. Beide waren aktiv in der baskischen Gewerkschaft LAB und Delegierte von HB. Beide kämpften für die Unabhängigkeit des Baskenlandes, für die Rechte der ArbeiterInnen, für das Recht des baskischen Volkes auf seine Sprache, seine Kultur, seine Selbstbestimmung.

José Mari Aranzamendi war noch am selben Morgen mit anderen Gefangenen zusammen gewesen. Er machte Witze und war gut gelaunt. Am Mittag blieb er wie üblich in seiner Zelle, um zu studieren. Für niemanden gab es Anzeichen, die auf einen Selbstmord hingedeutet hätten.

Eugenio Aranburu hatte am Morgen des 10. Februar Einkäufe gemacht, um seinen anstehenden Knastaufenthalt vorzubereiten. Auch bei ihm kann sich bisher niemand erklären, was passiert ist.

Für „Katxue" war es die vierte Verhaftung. 1987 wurde er zwei Mal von der französi-



Demonstration für die Verlegung der baskischen G

Für José Mari Aranzamendi „Katxue" und Eugenio Aranburu „Txo"

schen Polizei festgenommen, beim zweiten Mal nach Spanien ausgeliefert und inhaftiert. 1989 wird er freigesprochen. 1992 wird er erneut verhaftet und verbringt wieder mehrere Tage in den Händen der spanischen Polizei. Die letzte Verhaftung 1995 bringt ihn in den Knast, in dem er am Freitag tot aufgefunden wurde. Vorgeworfen wurde ihm Mitgliedschaft in ETA – er war aber noch nie wegen irgendwas verurteilt worden.

Im Herbst 1996 hatte er einen mehrseitigen Text an die baskische Tageszeitung EGIN geschrieben, begleitet von selbstgemachten Postkarten mit Blumen aus dem Knasthof und dem Satz: „damit die Meinungsfreiheit blüht".

Mit der Übersetzung einiger Passagen dieses Textes, möchte ich dazu beitragen, daß „Katxue" durch seine Worte, Gedanken und Erfahrungen für uns lebendig bleibt:

„ (...) Ich weiß, was einer fühlt, wenn er Euskal Herria1 verlassen muß, angesichts der Angst gefoltert und verhaftet zu werden. Ich weiß, was einer fühlt, der in einem anderen Land – Frankreich – leben muß, das einen Teil von Euskal Herria (Iparralde) unterworfen hat, und es dir dazu noch unmöglich macht, auf seinem Boden zu leben.

Ich weiß, was einer fühlt, wenn er merkt, daß er möglicherweise im Visier der GAL ist.

Ich weiß, was einer fühlt, wenn dieses Land, das so sehr herausstellt, daß es das Land des Asyls für politisch Verfolgte sei, dich aus wirtschaftlichen Gründen genau an die Folterer ausliefert, vor denen du seinerzeit geflüchtet bist.

Ich weiß, was einer fühlt, wenn er im Morgengrauen aufwacht und starr vor Schreck die Schläge und Tritte der Bullen hört, die die Türe einschlagen, mit aller Brutalität in deine Wohnung eindringen und alles zerstören, was ihnen nur in die Finger kommt.



fangenen ins Baskenland

Ich weiß was einer fühlt, wenn er sieht, wie vor seinen Augen die nächsten Freunde und Verwandten geschlagen werden, mit der einzigen Absicht, dich zu erniedrigen und dir die Angst in die Glieder fahren zu lassen.

Ich weiß, was einer fühlt, wenn sie dich im Polizeitransporter in einen Käfig aus Eisen stecken, der kaum einen Quadratmeter breit ist, die Hände hinter dem Rücken gefesselt, über dem Kopf eine Mülltüte – und so findet der Transport von Bilbao nach Madrid statt. Und ich weiß was du fühlst, wenn du einmal in der Zelle bist und die Schmerzensschreie der anderen Verhafteten hörst – und zitterst allein bei dem Gedanken, an das was dir bevorsteht. (...)

Ich weiß, was einer fühlt, wenn sie ihm im Knast ein Schreiben überreichen, das dir mitteilt, daß deine Post und deine Besuche überwacht werden. Dazu kommt, daß du in der Zelle, durch die Gitterstäbe der Tür, eine Infrarotkamera wahrnimmst, die permanent all deine Bewegungen kontrolliert. Zusätzlich zu deiner Freiheit rauben sie dir auch die kleinste Intimität. Ich weiß, was einer fühlt, wenn er die Provokationen und Machtspiele der jeweiligen Schließer ertragen muß.

Ich weiß, was einer fühlt, wenn du mitkriegst, daß sie einen gefangenen Genossen zusammengeschlagen haben, und du nicht weißt, wohin mit deiner Wut und Ohnmacht.

Ich weiß was einer fühlt, in einem Trakt, isoliert von deinen gefangenen Genossen.

Ich weiß, was einer fühlt, wenn du von deinem Zellengang aus den toten Genossen siehst – die Ikurrina2 ausgebreitet über seinem Körper – und du ihn beweinst, in der Einsamkeit dieser kaum acht Quadratmeter messenden Zelle.

Diese sogenannten Demokraten, abgesehen davon, uns unsere Freiheit zu nehmen, sperren uns Hunderte und Tausende von Kilometern von unserer Heimat Euskal Herria entfernt ein, vergrößern so das Leiden unserer Familien unter dieser Situation und zwingen sie, ständig riesige Strecken zurückzulegen, mit der Gefahr, bei Verkehrsunfällen ihr Leben zu lassen.

Diese Praktiken haben nur einen Namen: Terrorismus mit weißen Handschuhen! (...)

Die Gewerkschaftsliste von LAB, die ich anführte, war die mit den meisten Stimmen, in dem Betrieb, in dem ich bis zu meiner Verhaftung arbeitete. Durch meine Erfahrungen bei der Verteidigung der legitimen Rechte der ArbeiterInnen bin ich zu dem Schluß gekommen, daß die Figur, die der „lendakari"3 Ardanza darstellt, einzig und allein die Interessen der Klasse der Unternehmer vertritt, der er selbst angehört, und die als einzige die Verantwortung dafür trägt, daß 55 % der baskischen Jugendlichen arbeitslos sind. Und von denen, die arbeiten, tun das die meisten für ein paar Peseten, mit diesen berühmten Verträgen, die nicht das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben wurden. Angesichts dieses Panoramas der Unsicherheit haben die baskischen Jugendlichen drei Möglichkeiten: Auswandern, sich selbst zerstören oder sich mobilisieren und kämpfen um das, was ihnen zusteht: Das Recht auf Arbeit, synonym für das Recht auf ein Leben mit Würde, und das Recht auf Chancengleichheit.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und aus diesen acht Quadratmetern eine Botschaft der Kraft und Hoffnung an die Jugendlichen in Euskal Herria schicken – zu denen ich mich dazuzähle, trotz meiner 41 Jahre –, daß sie sich nicht einschüchtern lassen durch diese bewaffneten Söldner der Polizei und ihre Kollegen, schlecht verkleidet im Kostüm der Ertzeintza4, die auf Anweisung dieser angeblichen Demokraten handeln. (...)

Zum Schluß möchte ich mich an euch selbsternannte Demokraten wenden, hört gut zu, was ich euch sage, denn eines Tages müßt ihr euch vielleicht für eure Taten verantworten:

Uns baskischen politischen Gefangenen könnt ihr das Leben nehmen. Ihr könnt euch unserer Körper bemächtigen. Ihr werdet es aber niemals schaffen, unsere Gefühle auszulöschen. Dafür habt ihr glücklicherweise noch keine Knäste und Gitter erfinden können. Und ihr werdet es auch nicht schaffen, uns das Lächeln von den Lippen zu nehmen! Denn wir haben das Glück über den besten aller Dünger zu verfügen – daß wir unserer Land Euskal Herria so sehr lieben, daß wir bereit sind, das Beste dafür zu geben, was wir haben – unser Leben, wenn es sein muß."

Dieser Text von „Katxue" erreichte mich in EGIN, gemeinsam mit den Berichten über seinen Tod, die Ehrungen und Demonstrationen der Leute von Elorrio und dem gesamten Baskenland. Beim Lesen machte ich die Erfahrung, die er selbst beschreibt – wie es ist, alleine in deinen 8 Quadratmetern den Tod eines anderen Gefangenen zu beweinen.

Seit 1981 starben in spanischen und französischen Knästen 11 baskische politische Gefangene. Die meisten an fehlender medizinischer Versorgung, einige setzten ihrem Leben selbst ein Ende, teilweise aber unter „ungeklärten Umständen".

Doch auch wenn du alleine mit diesen Nachrichten in deiner Zelle bist – du findest dich wieder in den Berichten über die unzähligen Würdigungen und Demonstrationen, die in Euskadi stattfanden, in den Bildern der Leute, die von ihrem Freund, Genossen und Angehörigen Abschied nehmen, in den Protestaktionen, die mehrere Tage und Nächte dauerten. Und du weißt, auch wenn deine Wut und deine Trauer stumm bleiben – es sind viele, die sie für dich ausdrücken, viele, die damit auf die Straße gehen, viele, die das Transparent trugen „Kotxue, das Volk verzeiht nicht".

Seit dem Tod von Eugenio Aranburu „Txo", ist hier allerdings keine EGIN mehr angekommen. So konnte ich nur versuchen, Genaueres darüber aus verschiedenen staatlich Medien zu entnehmen. Es hinterläßt dir aber nur eine traurige Hilflosigkeit, denn während die Toten bei den Aktionen von ETA ausführlich beklagt werden und Reihen von Politikern anstehen, um ihr Mitgefühl auszudrücken, ist dieser Tod gerade einen Nebensatz wert. Über die Hintergründe wird nicht gefragt.

Es gibt in beiden Fällen zu viele Unklarheiten, zu viele offene Fragen, zu viele Parallelen, um die offizielle These des Selbstmordes zu glauben. Im Fall von „Kotxue" wird offiziell mittlerweile von „Selbstmord mit Beihilfe" gesprochen. Auch wenn es notwendig ist, die genauen Umstände ihres Todes klären – verantwortlich dafür ist die spanische Regierung mit ihren treuen Verbündeten: den rechten Nationalisten der PNV, Frankreich und die beifällig nickenden restlichen europäischen Staaten. Seit Jahren betreiben sie eine Politik der Repression, der Vernichtung der Gefangenen und der polizeilichen und militärischen Eskalation in Euskadi und lehnen systematisch alle Angebote einer politischen Lösung ab.

KATXUE, TXO – GOGOAN ZAIZUEGU!
KATXUE, TXO – WIR VERGESSEN EUCH NICHT!

Petra Elser
aus dem Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen Fresnes (Frankreich), Ende Februar 1997

1 Euskal Herria = Euskadi
2 baskische Fahne
3 Regierungspräsident der baskischen Regierung in Vitoria
4 baskische Polizei

Grußadresse von Petra Elser

zur Rundreise der baskischen Delegation

Kaixo Lagunak – Liebe FreundInnen und GenossInnen in der BRD!

Durch diese Mauern hier im Knast von Fresnes schicke ich euch meine herzlichsten Grüße.

Ich hoffe, daß eure Reise dazu beiträgt, daß ein kleiner Funke des Kampfes des baskischen Volkes und der baskischen politischen Gefangenen auch in etwas nördlichere Gegenden überspringt.

Gerade in diesem Moment braucht dieser Kampf die internationale Solidarität.

Nur gemeinsam erreichen wir –
das Ende der menschenunwürdigen Haftbedingungen, der Folter und Mißhandlungen, der Gefangene in spanischen und französischen Knästen, wie auch in der BRD, ausgesetzt sind. Im Jahr, in dem die staatlichen „Selbst"morde von Stammheim ihr trauriges Jubiläum feiern, hat der Tod des baskischen politischen Gefangenen José Maria Aranzamendi erneut gezeigt, wie weit der Staat überall bereit ist zu gehen, wenn er sich in die Enge getrieben fühlt.

Nur gemeinsam erreichen wir –
daß die letzten Reste des Asylrechts innerhalb Europas nicht völlig abgeschafft und eine grundsätzliche Auslieferungspflicht eingeführt wird – so wie es die spanische Regierung mit allen Mitteln zu erreichen versucht. Auch wenn die Auslieferung von Benjamin Ramos eine der vielen war, die zeigt, daß sie im Zweifelsfall ohne Probleme über ihre eigenen Gesetze hinweggehen, machen die Weigerungen der belgischen und der portugiesischen Regierung, baskische Flüchtlinge auszuliefern, doch auch deutlich, daß nicht alles so einheitlich ist, wie sie es gerne hätten.

Nur gemeinsam erreichen wir –
daß sie es nicht schaffen, mit der Verhaftung des kompletten Vorstandes von Herri Batasuna die politischen Ziele und die Bewegung, die dahinter steht, mundtot zu machen.

Eine internationale Öffentlichkeit ist notwendig, damit die Eskalation der Repression in Euskadi in den letzten Monaten – unzählige Verhaftungen, Mißhandlung von Jugendliche, Schüsse auf Demonstranten – ein Ende findet.

Eine internationale Öffentlichkeit ist auch notwendig, um die Vorschläge für eine politische Lösung, wegen der die Mitglieder von Herri Batasuna jetzt im Knast sind, zu diskutieren, zu unterstützen und dementsprechend Druck auf die spanische Regierung auszuüben.

Die Freundschaft und Solidarität zwischen den Bewegungen, die Auseinandersetzung und das Interesse aneinander, der gemeinsame Kampf für Selbstbestimmung und eine andere Gesellschaft wiegt tausendmal mehr als ihr Europa der Polizeicomputer, der freien Fahrt des Kapitals und der Verelendung und Unterdrückung der Menschen.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker – Elkartasuna Herriaren Maitasuna Da!

Petra Elser, baskische politische Gefangene, Fresnes (Frankreich), Anfang März 1997

P.S. Sie hat sich dem Hungerstreik der baskischen Gefangenen angeschlossen – Red. ❑

Heidelberg

Solidarität mit den baskischen Gefangenen

Die 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Informationsveranstaltung im Rahmen der Rundreise verabschiedeten eine Resolution, in der sie u.a. fordern:

„ – die Zusammenlegung aller baskischen Gefangenen in Gefängnissen des Baskenlandes
– die sofortige Freilassung aller kranken und haftunfähigen Gefangenen
– Freilassung aller politischen Gefangenen, die dreiviertel ihrer Haft verbüßt haben, wie es bei anderen Gefangenen üblich ist."

Represion gegen egin

Anklage gegen Chefredakteur

Pepe Rei, Chefredakteur der baskischen linken Tageszeitung „egin", baskisch für „machen", wird wegen seiner journalistischen Arbeit der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" angeklagt. Nachdem der Prozeß bereits mehrmals aufgeschoben wurde, fand er nun vom 10. bis 14. März vor dem Sondergerichtshof „Audiencia Nacional" in Madrid statt (Ergebnis ist uns bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt).

An 1.12.93 stürmten Sondereinheiten der baskischen Polizei das wegen mehrerer Anschläge zu einer Festung ausgebaute Redaktionsgebäude von „egin" in Hernani. In einer beispiellosen Aktion wurden das komplette Archiv der Rechercheredaktion sowie die gesamten Unterlagen von Pepe Rei beschlagnahmt. Hintergrund des Ganzen war, daß Fotokopien einiger Unterlagen des privaten Informationsdiensts Incresa über Unternehmen im Baskenland bei einem ETA-Kommando gefunden wurden. Und obwohl Incresa die gleichen Informationen nicht nur an „egin", sondern auch an andere Kunden lieferte und über 100 Mitarbeiter „egins" Zugang zu den Unterlagen hatten, wird Pepe Rei beschuldigt, die Unterlagen an ETA weitergegeben zu haben. (...)

Die Versuche, „egin" mit allen Mitteln zum Schweigen zu bringen, sind so alt wie das Projekt selbst.(...) Der härteste Schlag traf das Blatt im November '89, als der damalige Chefredakteur Josu Muguruza in Madrid in einem Restaurant von einem Todesschwadron der GAL, wie sich gerichtlich herausstellte, aus hauptberuflichen Polizisten bestehend, ermordet wurde.

(...) Dennoch sind (die Mitarbeiter von *egin*) sie fest entschlossen, auch diesen erneuten Angriff auf die Pressefreiheit abzuwehren, und rufen international zu Unterstützung auf.

Dario Azzellini, aus: „M", Zeitschrift der IG Medien, 3/97, stark gekürzt



Zweiter bundesweiter Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen

1996 wurde erstmals auf Anregung der Initiative „Libertad!“ und dem Bundesvorstand der „Roten Hilfe e.V.“ am 18. März ein bundesweiter Aktionstag für die Freiheit aller politischen Gefangenen durchgeführt.

Der 18. März als Datum setzt historische Bezüge: zum Niederschlagen der deutschen Aufstände 1848, zum Beginn der Pariser Commune 1871. Bis in die zwanziger Jahre hinein wurde dieses Datum in der Arbeiterbewegung als „Tag der Pariser Commune“ begangen. 1923 erklärte die damalige Rote Hilfe den 18.3. zum „Internationalen Tag der Hilfe für die politischen Gefangenen“.

Wurden 1996 noch in 14 Städten Demonstrationen, Kundgebungen und Informationsveranstaltungen durchgeführt, so haben für den diesjährigen 18. März Initiativen und Gruppen aus etwa 25 Städten ihre Teilnahme bereits angekündigt. Genannt seien hier nur Bremen, Hamburg, Keil, Nordhorn, mehrere Stadtviertel Berlins, Plauen, Bonn, Düsseldorf, Frankfurt, Rheine, Heidelberg, Karlsruhe, Memmingen und Nürnberg, in denen Aktivitäten des 18.3. stattfinden werden.

Motto des diesjährigen Aktionstages: „Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung“. Thema ist die Situation von politischen Gefangenen auf internationaler Ebene wie auch in Deutschland.

Die aktuelle Entwicklung im Verfahren des zum Tode verurteilten afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal wird ebenso angesprochen wie die Lage der politischen Gefangenen in Peru, die aufgrund der andauernden Botschaftsbesetzung weiterhin in der Öffentlichkeit stehen.

Thematisiert werden aber auch exemplarische Fälle der Auslieferung politischer Gefangener: Zu nennen ist hier die nordirische Gefangene Roisin McAliskey, deren Überführung trotz Krankheit und Schwangerschaft in deutsche Isolationshaft die Bundesanwaltschaft jüngst beantragte.

Zu nennen ist aber auch Benjamin Ramos Vega, ein baskischer Aktivist und ebenfalls schwer erkrankt, der vor wenigen Wochen auf Beschluß des Berliner Kammergerichts an die spanische Justiz und deren offensichtliche und mehrfach nachgewiesene Praxis der Menschenrechtsverletzungen und Folter an politischen Gefangenen ausgeliefert wurde.

Ebenso im Blick des Aktionstages steht die fortwährende Tatsache politischer Gefangenschaft in Deutschland. Es sind die politischen Gefangenen Rolf-Clemens Wagner, Helmut Pohl, Adelheid Schulz, Christian Klar, Rolf Heißler, Brigitte Mohnhaupt, Sieglinde Hofmann, Eva Haule, Stefan Wisniewski und Birgit Hogefeld. Sie alle sind zum Teil länger als 15 Jahre inhaftiert, sie alle unterlagen oder unterliegen in Abstufungen noch den zerstörerischen Bedingungen der Isolationshaft. Für alle ist die Freilassung aus der Haft mehr als überfällig. Erwähnt sei aber auch Monika Haas, die trotz fortwährender Haftunfähigkeit aufgrund eines Bandscheibenvorfalls noch immer in Untersuchungshaft sitzt und der aktuell in Frankfurt der Prozeß gemacht wird.

Hingewiesen und erinnert werden soll aber auch an alle anderen Gefangenen, die in der BRD aus politischen Gründen inhaftiert sind. So muß, wenn von den mehr als 10.000 politischen Gefangenen in der Türkei und ihren skandalösen Haftbedingungen gesprochen wird, darauf hingewiesen werden, daß in Deutschland zur Zeit mehr als 200 Kurden und Türken aus politischen Gründen inhaftiert sind. Und ihre Zahl steigt.

All diesen Gefangenen gilt unsere uneingeschränkte Solidarität.

„Libertad!“ und „Rote Hilfe“ begrüßen die zunehmende Unterstützung und Teilnahme an diesem Aktionstag. Der Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen soll auf lange Sicht nichts weniger zum Zweck haben, als sich überflüssig zu machen:

durch die Freiheit und die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Presseerklärung der Initiative Libertad! vom 16.3.



An der Demonstration in Hamburg am 15.3. (Bild oben) nahmen 500 bis 600 Menschen teil. Wir dokumentieren aus der Rede der Kurdistan-Solidarität.

Solidarität mit den kurdischen Gefangenen

(...) Hier in der Bundesrepublik besteht die Anzahl der politischen Gefangenen zum überwiegenden Teil aus Menschen der kurdischen Bewegung; § 129a-Prozesse werden gegen sie geführt, und so unterliegen sie auch den Sonderhaftbedingungen, die mit diesem Paragraphen legitimiert werden. Gerade erst ist der Prozeß in Hamburg gegen Azime Yilmaz, Mereyem Yagicibulut und Sait Bilgin mit hohen Haftstrafen gegen sie beendet worden, und schon hat der nächsten §129a-Prozeß ganz hier in der Nähe, in Celle, begonnen. Neben diesen laufen zur Zeit noch immer die Prozesse in Frankfurt, Stuttgart und Düsseldorf, alle nach dem gleichen Schema und ohne großes Interesse in der nicht-kurdischen Öffentlichkeit.

Am 5. März 1997 sind Azime Y. zu fünfeinhalb Jahren, Mereyem zu vier Jahren und Sait zu dreieinhalb Jahren verurteilt worden. In diesem Prozeß wurde versucht, die kurdischen Politikerinnen und Politiker auf eklige Weise zu diffamieren, den kurdischen Befreiungskampf als terroristisch und kriminell darzustellen und abzustempeln. Daß diese Prozesse gegen die kurdische Befreiungsbewegung allein auf Konstrukte der Bundesanwaltschaft basieren und sich als haltlos erweisen, haben die §-129a-Verfahren in Hamburg und München in der Vergangenheit gezeigt. Der Hamburger 3. Staatsschutzsenat schreckte nicht davor zurück, die Verurteilung der drei Angeklagten auf Ergebnisse dubioser polizeilicher Ermittlungen und auf Aussagen gekaufter Kronzeugen zu stützen.

Doch auch in diesem Prozeß war das größte Problem auf seiten des Staatsschutzes, sich gegen die Anklage der kurdischen Bewegung zu verteidigen und den politischen Charakter dieses Verfahrens zu verleugnen

und ihn unter dem Deckmantel des Terrorismus und der Kriminalitätsbekämpfung zu verkaufen.

Die positive Entwicklung des kurdischen Befreiungskampfes aber kann der Imperialismus nicht stoppen. Daraus resultiert der Haß und die Wut der Klassenfeinde gegen die PKK und deren Sympathisanten, denn vor nichts hat der Imperialismus und damit der deutsche Staat mehr Angst als vor Menschen, die aufstehen, Selbstbewußtsein entwickeln und so für ihre Rechte kämpfen. Eben Menschen werden, die nicht mehr lenkbare tote Masse für die Interessen des Kapitals sind.

Beispiele, daß es möglich ist, sich gegen diesen großen Feind der Menschheit zu organisieren, daß es noch ein anderes Leben wie dieses der kapitalistischen Verwertung gibt, Solidarität, Liebe und Gerechtigkeit wieder einen Wert bekommen, diese Beispiele muß dieser Staat mit aller Gewalt, die er besitzt, niederschlagen. Darin hat er seine brutale Kontinuität, die wir brechen müssen, und nicht nur hier in Deutschland, sondern an allen Punkten dieser Erde. In der Erklärung von Haydar Ergül zur Eröffnung des §-129a-Verfahrens in Düsseldorf sagte er: „Folgende Realität muß dick unterstrichen werden: Die Aktivitäten zur Vernichtung der Kurden werden seit 70 Jahren in vielfältiger Form und umfassend durchgeführt. Massaker in unbekannter Zahl und Vertreibung wurden praktiziert. Tausende von Gerichtsverfahren wurden eröffnet. Unzählige schwere Strafen wurden verhängt, unter ihnen auch zahlreiche Todesurteile. Und immer noch wird diese Politik mit Nachdruck fortgeführt. Und das Ergebnis: Dieses Volk demonstriert, daß es die Kraft hat zu leben. Seit 70 Jahren Vernichtung, ohne Erfolg. Der PKK ist es in einem als kurz zu bezeichnenden Zeitraum gelungen, das Volk wieder zu beleben und sich erheben zu lassen. In einem Zeitraum von zwölf Jahren haben die Forderungen des kurdischen Volkes nach Freiheit die nationalen Grenzen überwunden und eine internationale Dimension erreicht. Jene, die sich in den wichtigen Zentren der Welt mit Politik beschäftigen, sind gezwungen, sich den Kopf über die Kurden zu zerbrechen.“ Weiter sagte er: „Wir wissen, daß der Senat die PKK nicht an. Und wir nehmen an, daß er Wut empfindet. Jene in der Welt, deren Interessen durch unseren Befreiungskampf erschüttert werden, empfinden ebenfalls Wut. Aber die erdrückende Mehrheit von 40 Millionen Kurden empfindet wegen dieses Kampfes Freude und ist stolz. Sie lieben die PKK, die diesen Kampf anführt. Auch wir lieben sie. – Und auch die Freunde, die unser Volk und seinen Kampf verstehen, lieben sie, und deren Zahl wird mit jedem Tag größer. Das ist der Grund, warum sie die PKK hochleben lassen. Dies ist eine gesellschaftliche Realität. Und genau diese Realität wird durch Ihr Gericht zum Gegenstand der Anklage gemacht.“

Der Kampf um die Freiheit der politischen Gefangenen ist ein Kampf für unsere Freiheit; nur aus ihm heraus entwickeln wir die Kraft, um die Mauern, die uns von unseren gefangenen Genossinnen und Genossen, von unseren Freundinnen und Freunden trennen, zum Einsturz bringen.

Wir schließen uns dem Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen an, wie wir auch einen Kampf entwickeln gegen das Verschwinden-Lassen von Menschen, die nach ihrer Verhaftung durch die Organe des Staatsschutzes in keinem Gefängnis aufgetaucht sind.

Hoch die internationale Solidarität!

Rede von libertad! in Frankfurt

Freiheit für Monika Haas

Jeden Donnerstag wird hier ab 10.15 Uhr Monika Haas der Prozeß gemacht. Seit vierzig Verhandlungstagen versucht der Frankfurter Staatsschutzsenat unter dem Vorsitzenden Schieferstein, Monika Haas die Beteiligung an der palästinensischen Entführung der Lufthansamaschine „Landshut“ im Herbst 1977 zuzuschieben.

Monika Haas soll 1977, als sie im Jemen lebte, Waffen für das palästinensische Kommando geschmuggelt haben. Monika Haas hat das immer dementiert. Einige Gefangene aus der RAF, die 1977 draußen waren, haben das dementiert. Souhaila Andrawes, damals Mitglied des palästinensischen Kommandos „Martyr Halimeh“, erklärte nach ihrer Auslieferung an die BRD und bei ihrer Urteilsverkündung definitiv: „Monika Haas hat die Waffen nicht nach Mallorca gebracht.“

Egal, das alles spielt keine Rolle. Der Prozeß geht weiter. Und der Senat will verurteilen. Oder Monika Haas wird Kronzeugin. Das wurde ihr geboten, als die Route, die die Bundesanwaltschaft immer für einen offen hält: den Weg der Zusammenarbeit und Kollaboration. Ein Weg, der immer Konsequenzen für andere hat, der immer damit verbunden ist, sich selbst und seine Identität aufzugeben. Monika Haas hat abgelehnt, sich benutzen zu lassen. Auch dafür sitzt sie. Auch dafür geht der Prozeß jetzt nach zweieinhalb Jahren U-Haft in die letzten Runden. Deshalb kommt sie auch nicht raus, und deshalb besteht der Chef des Staatsschutzsenates Schieferstein auch weiterhin darauf, daß „ein dringender Tatverdacht sowie Fluchtgefahr“ gegeben ist.

Warum dieser Verfolgungseifer des Staats-

PKK-Prozeß in Düsseldorf

Hungerstreik angekündigt

Am Donnerstag, den 27.2.97, hat der gem. § 129a StGB Angeklagte Ahmet Yavuz in einer Erklärung zur Situation des Hauptverfahrens gegen ihn verkündet daß er am 6.3. in einen unbefristeten Hungerstreik treten, der – bei Ablehnung seines Antrags auf Entbindung von der Anwesenheitspflicht – am 21.3., dem Newroztag, automatisch in ein Todesfasten übergehe. Er werde dann jeden Kontakt – auch den mit seinen Anwälten – ablehnen.

Er hat seine Entscheidung damit begründet, daß am Montag, dem 24.2., die Anklage gegen ihn erweitert worden ist. Weiterhin sei er physisch nicht mehr dazu in der Lage, dem Prozeß länger zu folgen.

Die BAW hat auf Ablehnung des Antrags plädiert und durch die Blume die Untersuchung durch einen Amtsarzt angedroht. Der Senat hat die Entscheidung auf das Ende des nächsten Verhandlungstages, Dienstag, den 4.3.97, 9.15 Uhr verschoben.

Die Prozeßgruppe fordert, dem Wunsch von Ahmet Yavuz unverzüglich nachzukommen. Er hat ein Drittel seines Lebens in Gefängnissen verbracht. Nicht zuletzt die menschenunwürdigen Bedingungen der Isolationshaft haben zu seinem Gesundheitszustand beigetragen. Wollen BAW und OLG ein zweites Stammheim, wo die Gefangenen unter Anwendung brutaler Gewalt zwangsvorgeführt wurden? Können sie sich ein zweites Mal die lebensgefährliche Zwangsernährung leisten?

Schluß mit der Isolationsfolter! Weg mit dem § 129a!

Prozeßgruppe Düsseldorf zur Beobachtung des „PKK-Prozesses“ vor dem OLG



§129a-Prozeß in Celle

Am Dienstag, den 11.3.1997, begann vor dem Oberlandesgericht Celle der Prozeß gegen zwei Kurden wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ (§129a StGB). Er reiht sich ein in die Serie von §129a-Verfahren, die seit dem sogenannten PKK-Verbot gegen kurdische Politikerinnen und Politiker eingeleitet wurden, mit dem Ziel, eine terroristische Vereinigung innerhalb der PKK zu konstruieren. Vorgeworfen wird dem einen Angeklagten die Mitgliedschaft in der sogenannten „Europäischen Frontzentrale“, einer angeblichen Unterorganisation der PKK.

Kommt zum Prozeß gegen Shapour Badoshiveh und Ismail Özdem!

Prozeßtermine:

Di, 1.4., 8.4., 15.4., 22.4., 29.4.

Mi.: 9.4.,16.4., 23.4., 30.4.

Alle Termine beginnen jeweils um 9.30 Uhr, OLG Celle, Schloßplatz 2, 29221 Celle

schutzes?

Wir meinen, Monika Haas wird nicht zuletzt der Prozeß gemacht, weil sie mit dem Jahr 1977 in Zusammenhang gebracht wird. Ob sie nun etwas gemacht hat oder nicht, das zählt letztlich nicht. Sie, und da scheint sich der Staatsschutz offensichtlich sicher zu sein, HÄTTE etwas machen können. DAS zählt.

Es zählt hier nicht, daß alle Vorwürfe aus der konkreten damaligen Lebensrealität von Monika Haas absurd und widerlegbar sind. Es zählt, daß sie in einem politischen Umfeld lebte, aus dem heraus eine Unterstützung denkbar schien. Deswegen sitzt sie. Dafür wurde Souhaila Andrawes vom deutschen Staatsschutz in Norwegen erpreßt. Dafür der politische Prozeß.

Wie gesagt, es geht um 1977. Dieses Jahr und die Aktionen der RAF waren eine Machtfrage für die BRD. Auch noch nach zwanzig Jahren wird denjenigen, die damit in irgendeiner Form in Verbindung gebracht werden könnten, immer erstmal der Prozeß gemacht.

Die Linke möchte vielleicht einiges vergessen aus dieser Zeit, der Staatsschutz allerdings nicht. Auch nicht die Staatsgewalt, die sich 1977 wie noch nie in ihrer Geschichte durch eine Gewalt von unten herausgefordert sah und antwortete. Auch der Prozeß gegen Monika Haas ist noch ein Teil dieser Antwort. Das sollte zwanzig Jahre danach niemand vergessen.

Die Staatsschutzsenate kennen nicht die „Rückkehr zur gesellschaftlichen Normalität", von der diejenigen der ehemaligen Linken heute so gerne sprechen, die 1977 zur historischen „Ausnahme und Überreaktion" erklären. Von wegen! Die Staatsschutzsenate und Bad Kleinen SIND die Normalität. Zuletzt in Frankfurt gegen Birgit Hogefeld: Lebenslänglich und eine „besondere Schwere der Schuld".

Monika Haas, wie alle anderen durch die politische Sonderjustiz verurteilten Gefangenen, muß raus" Sofort! Ohne Wenn und Aber!

Wer den Prozeß gegen Monika Haas besuchen will: Noch immer jeden Donnerstag, 10.15 Uhr

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
(Libertad! – Ffm.)

Unterschriftensammlung

Aufhebung des Haftbefehls gegen Monika Haas

Das Forum für Monika Haas führt eine Unterschriftensammlung durch, um die sofortige Entlassung aus der Untersuchungshaft zu erreichen. Monika Haas ist seit dem 7.11.94, also seit 2 ½ Jahren, in Untersuchungshaft, und ein Ende der Hauptverhandlung ist zur Zeit nicht abzusehen.

Die Behauptung einer erhöhten Fluchtgefahr ist absurd. Monika wollte und will das Verfahren zu Ende führen, ihre Kinder leben in Frankfurt, sie hat ihren Freundes- und Bekanntenkreis hier, und sie hat ihren Arbeitsplatz als Frauenbeauftragte in der Universitätsklinik Frankfurt hier. Auch ein dringender Tatverdacht liegt nicht mehr vor, alle Stützen der Anklage sind in sich zusammengebrochen. Erst Mitte Februar 1997 hat einer der Richter in dem Hamburger Verfahren gegen Souhaila Andrawes als Zeuge im Prozeß gegen Monika Haas in Frankfurt bestätigt, daß Souhaila während der Urteilsverkündung gerufen hat, daß Monika die Waffen nicht transportiert habe.

Das Forum für Monika Haas will die Unterschriften dem 5. Staatsschutzsenat in Frankfurt und dem 3. Strafsenat am Bundesgerichtshof in Karlsruhe überreichen. Eigentlich sollten die Unterschriftenlisten bis zum 15.3. an das Forum zurückgeschickt werden, aber wenn Ihr Euch beeilt, reicht es vielleicht ja auch noch, wenn Ihr dies jetzt noch schnell macht.

Unterstützungsunterschriften an:
Forum für Monika Haas, Postfach Bodo Lube 180 148, 60082 Frankfurt

Weg mit den Staatsschutzlügen

Birgit Hogefeld legt Revision ein

Nachdem Birgit Hogefeld vom OLG Frankfurt/Main zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, wobei das Gericht die „besondere Schwere der Schuld" feststellte, so daß eine Haftentlassung nach fünfzehn Jahren nicht in Betracht kommt, hat sie gegen dieses Urteil Revision eingelegt. Auf die vielen Ungereimtheiten in der Beweisführung der Anklage, der sich das Gericht weitgehend anschloß, wurde auch in Birgits Prozeßerklärung (nachzulesen auch in: Birgit Hogefeld: Ein ganz normales Verfahren ... Texte zur Geschichte der RAF, Edition ID-Archiv, Berlin) eingegangen. Die Fortführung des Verfahrens beim Bundesgerichtshof bzw. beim Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kostet Geld. Falls die Revision Erfolg haben sollte, ist damit zu rechnen, daß eine erneute Verhandlung beim OLG stattfindet, wofür die AnwältInnenkosten vorfinanziert werden müssen. Daher werden massenhaft Spenden benötigt!

Konto: Bunte Hilfe, Frankfurt/Main, Sonderkonto V. Luley, Kto.-Nr. 16072-603, Postbank NL Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60, Stichwort: Revision

Radikal-Verfahren noch nicht zu Ende

Das Verfahren gegen die vier Männer ist noch nicht eingestellt worden, obwohl der Staatsschutzsenat des OLG Koblenz die Eröffnung abgelehnt hat. Gegen diese Entscheidung hat die Bundesanwaltschaft Einspruch vor dem BGH eingelegt. (Red.)

Über 660 Tage isoliert

Ivan Jelinic seit 6.3. im Hungerstreik

Hallo ... angehörige und freunde der politischen (mit-)gefangenen,

Da haben viele wohl gedacht, ich wäre nach der verlegung von straubing am 29.5. In hannover in den regelvollzug gekommen. Das ist leider nicht eingetroffen. Ich werde nach wie vor abgesondert vom regelvollzug isoliert gehalten. Der vorwurf der fluchtplanung konnte juristisch auch mit hilfe eines rechtsanwalts gerichtlich bisher nicht geklärt werden. Mit den verlegungen von bundesland zu bundesland trixte die justiz uns mit angeblicher unzuständigkeit aus. Solche staatseigenen karussells für gefangene werden nicht selten angewandt, wenn es darum geht, etwas zu verschleiern oder einen gefangenen zu schikanieren. In zwölf jahren wurde ich in zehn verschiedene gefängnisse verlegt.

Ich habe zwar gegen den gefängnisleiter rüdiger rehring in bruchsal eine anzeige gestellt, allerdings kann nicht erwartet werden, daß die sta die sache aufklären noch strafrechtlich verfolgen wird. Eine andere anzeige gegen die jva bruchsal wegen diebstahl und sachbeschädigung läuft seit zwei jahren, und die sta karlsruhe hat bisher nichts von sich hören lassen. Auch wir gefangene in diesem bundesrepublikanischen deutschland fahren weiterhin erster, zweiter und dritter klasse; (strafvoll)zug der zeit. Denn die pseudo-gleichbehandlung ist nur auf den zug selbst bezogen.

Was die drei polizeikugeln bei meiner verhaftung nicht bewirkt oder erzielt haben, wird auf kurz oder lang vielleicht die administration mit ausgrenzung, absonderung, isolation (weiße folter) erzielen. Von den fast zwölf jahren gefangenschaft ist es jetzt insgesamt das sechste jahr absonderung vom regelvollzug – und in einem stück jetzt ca. 660 tage. Daran ändert auch die pseudolockerung nichts. Am 23.1. Wurde die isolation von 24 stunden auf 23 stunden täglich reduziert. Es wurde mir während der einen stunde hofgang das reden mit einem ausgewählten mitgefangenen ermöglicht – allerdings auch nur an werktagen. Eine stunde von 24. Wenn alle 600 tage 1 kontakt zu mitmenschen bewilligt wird, müßte ich nach adam riese in ca. 25 jahren im regelvollzug sein. Absurd.

Sowas kann ein vernunftgeleiteter mensch nicht mal mit einem großrechner berechnen. Doch die ns. Justizministerin heidrun alm-merk rechnet mit jahrelanger isolationshaft auf eine wiederwahl – obwohl sie ja angeblich selber mal irgendwann in ihrer geschichte für eine menschenrechtsorganisation tätig gewesen sein soll.

Das bayrisch-schwarze straubing hat nach der inspektion des europäischen anti-folter-

komitees 91 die dauer der isolationshaft inzwischen zeitlich begrenzt. Das anti-folterkomitee prangerte damals die bundesrepublik wegen ihrer oft monatelangen isolationshaft von gefangenen an. Die rede war von 13 monaten. Nun ist die durchschnittliche dauer von isolation in straubing ca. Ein jahr. Danach werden die menschen in den regelvollzug zurückverlegt. Von solchen empfehlungen des anti-folter-komitees der eu hält die niedersächsische justizministerin offenbar nicht viel – zumindest nicht in der praxis. (berichterstattung über die inspektion des komitees in der taz vom 19.7.93 / leserbrief vom 30.7.93 u.a.)

Damals hatte ich gesagt, die zustände in straubing werden sich auf ganz deutschland ausbreiten, wenn wir nicht eine wirkungsvolle gegenkraft entwickeln und kämpfen. Nun ist es fast umgekehrt; die sozialdemokratisch geführten länder der brd verhängen nicht nur häufiger isolationshaft, sondern auch deren zeitliche dauer.

Im april 96 besuchte das anti-folter-komitee des europarats erneut ein paar gefängnisse der bundesrepublik – und erneut beanstandeten sie die lange isolationshaft. Deswegen habe ich nicht erfahren, ob die bundesregierung die veröffentlichung ihres abschlußberichts zugelassen hat. Wäre vielleicht interessant zu erfahren.

Da ich jetzt ohne unterbrechung seit über 21 monaten vom regelvollzug abgesondert bin und die administration durch weitere verschärfungen der situation provoziert (fünfstündige zellenfilze am 24.2. Und mitnahme von politischen zeitungen wie z.b. Angehörigen info, razz, taz-berlin, k-butt, interim, arranca u.a.), Bin ich am 6.3. In hungerstreik getreten und erkläre mich solidarisch mit allen kämpfenden mitgefangenen weltweit!

Freiheit für alle politischen gefangenen!!!
Ivan jelinic
Solidarität

Hier seine Adresse, er braucht unsere Solidarität:
Ivan Jelinic
Schulenburger Landstr. 145, 30165 Hannover
Oder:Postfach 5827, 30058 Hannover

Hamburg

Prozeß gegen 7 türkische Antifaschisten

Seit Juni sitzen sieben Antifaschisten aus der Türkei im Gefängnis in Hamburg. Ihnen wird die Mitgliedschaft in einer illegalen Vereinigung – Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) – vorgeworfen. Sie sollen sich an Protestaktionen in Deutschland gegen die türkische Regierung beteiligt haben. Am 20 März beginnt der Prozeß gegen sie.

Die Devrimci Sol ist in Deutschland seit 1983 verboten. Aus Protest gegen eine unter Zwang stattfindende Verfassungsabstimmung im türkischen Parlament im Jahre 1982 wurde in Köln damals das türkische Konsulat von der Dev Sol bewaffnet besetzt. Als Antwort darauf ließ der damalige Innenminister die Dev Sol als „kriminelle Vereinigung“ verbieten.

Die neuste Kriminalisierungswelle gegen die Dev-Sol-AnhängerInnen geht auf Aussagen eines von der Polizei gekauften Hauptbelastungszeugen zurück. Er hat etliche Genossen beschuldigt, sich direkt an vielen Aktionen beteiligt zu haben. Darauf geht auch der am 20.3. beginnende Prozeß in Hamburg zurück. Seit Juni 96 hat es in Deutschland über 100 Durchsuchungen von Wohnungen, Geschäften und Vereinen von Dev-Sol-Gücler-AnhängerInnen gegeben.

Der Prozeß gegen die sieben Angeklagten könnte sich für die deutsche Polizei jedoch als Schuß nach hinten rausstellen. Der Hauptbelastungszeuge kündigte in einem am 15. Februar veröffentlichten Interview in der linken Tageszeitung „Özgür politika“ an, seine Aussagen beim Prozeß zurückzuziehen. Im Interview erklärte er, daß er von der deutschen Polizei psychologisch gefoltert und bedroht worden sei. Nachdem er die von der Polizei gewünschten Aussagen gemacht hatte, hätten ihm die Behörden eine neue Identität versprochen und die Übersiedlung in ein lateinamerikanisches Land unmittelbar nach dem Prozeß. Dort, versprach man ihm, könne er mit der Unterstützung der deutschen Regierung mit seiner Frau ein neues Leben aufbauen.

(Nach einem Artikel des Komitees für die Freilassung der sieben inhaftierten Antifaschisten in Hamburg, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46)

Dänemark / Schweiz

Marc Rudin ist frei

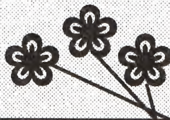
Am vergangenen Freitag (28.2.) wurde Marc Rudin, auch bekannt als Jihad Mansour, aus dem Gefängnis entlassen. In einem fadenscheinigen Indizienprozeß war er in Dänemark zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden wegen Beteiligung am größten Raub in der skandinavischen Geschichte. Der Erlös soll der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) zugute gekommen sein. Für die PFLP hatte Rudin seit seiner Flucht aus der Schweiz 1979 gearbeitet.

Noch am 18. Februar holten die dänischen Behörden Rudin aus der Zelle und brachten ihn ohne Gepäck zum Flughafen. In Begleitung von drei Beamten ging es nach Zürich. Dort wurde er von der Kantonspolizei in Empfang genommen und ins Zentralgefängnis nach Fribourg gebracht. Der Vorgang stellt faktisch eine illegale Auslieferung dar, da das Vergehen, wegen dem ihn die Schweiz suchte, in Dänemark längst verjährt war. IN der Schweiz wurde er beschuldigt, an einem Sprengstoffanschlag auf die spanische Imef-Bank 1979 beteiligt gewesen zu sein. Bei einer Kurzverhandlung am 28.2. ordnete nun der Untersuchungsrichter jedoch die sofortige Freilassung Rudins an, da die Angelegenheit auch in der Schweiz verjährt ist.

(Nach: junge Welt vom 6.3.)

Wir gratulieren herzlich!

Im April hat Geburtstag:
Christa Klar am 10.4.
Alle Gute!



Verfolgung tamilischer Flüchtlinge

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat in zwei Verfahren Anklage gegen in Deutschland lebende tamilische Flüchtlinge wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vor dem Landgericht Düsseldorf erhoben. Den 16 Betroffenen wird vorgeworfen, für die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) zu arbeiten.

Die tamilische LTTE befindet sich seit über zwei Jahrzehnten in einem Guerilla-Krieg mit der singalesischen Regierung. Seit der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 sind die Tamilen einer gesellschaftlichen Benachteiligung und rassistischem Terror durch die jeweiligen singalesischen Machthaber ausgesetzt. Ein Beispiel ist der „Schwarze Juli 1983“, als 3.000 (!) Tamilen durch einen rassistischen singalesischen Mob in Zusammenarbeit mit Armee und Polizei ermordet wurden.

Nach ca. drei Jahrzehnten gewaltfreien Kämpfen der bürgerlichen tamilischen Parteien entstand die revolutionäre LTTE, die den bewaffneten Kampf gegen den singalesischen chauvinistischen Nationalismus aufnahm.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, Gelder für die LTTE gesammelt bzw. erpreßt zu haben. Den Vorwürfen geht eine langjährige Ermittlungstätigkeit voraus.

Von Bedeutung ist die Aufforderung der srilankanischen Außenministers L. Kadirgamar vom 7. Februar 96 an diplomatische Vertreter westeuropäischer Staaten, Aktivitäten der LTTE in diesen Ländern zu unterbinden.

Nach Angaben singalesischer Oppositioneller hat durch die Aktionen der LTTE nahe Colombo (bsp. Sprengung der nationalen Ölreserven in Kolonnawa etc.) die Befürchtung internationaler Konzerne über ihre Sicherheit zugenommen. Die Regierung soll Sicherheiten gegeben haben, aber gleichzeitig von den Konzernen gefordert haben, ihr wirtschaftliches Gewicht in den Herkunftsländern einzusetzen und dort die

Kriminalisierung der Vertretungen der LTTE zu beschleunigen.

Die Schweiz tätigte einen Deal mit der srilankanischen Regierung. Die Schweizer Behörden kriminalisierten die in der Schweiz offiziell arbeitende LTTE wegen angeblicher „Schutzgelderpressung". Im Gegenzug nahm die srilankanische Regierung tamilische Asylsuchende aus der Schweiz zurück. Ein Bündnis aus linken Gruppen und tamilischen Flüchtlingen entwickelte politischen Druck und veröffentlichte das Vorgehen der Verantwortlichen und betonte, daß ihre spenden an die LTTE immer freiwillig sind. Die 15 inhaftierten Beschuldigten in der Schweiz mußten alle wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Der britische Außenminister Rifkind erklärte bei einem Besuch in Colombo, daß die LTTE weiterhin ihr Büro in London unterhalten kann. Er verglich die LTTE mit Sinn Fein und erklärte, daß beide politische Organisationen seien und deshalb nicht verboten werden können.

In der BRD setzten neben der Anklage weitere Verfolgungsmaßnahmen ein. Ab April 96 bis Februar 97 gab es über 35 Hausdurchsuchungen mit Schwerpunkt im Ruhrgebiet und sind dementsprechend Verfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung anhängig.

Solidaritätsgruppe für ein Freies Tamil Eelam, Postfach 2613, 33058 Paderborn

BRD / Irland

Forderung nach Freilassung von Róisín McAliskey



Róisín McAliskey, die im 7. Monat schwanger ist, befindet sich seit dem 20. November 1996 in Untersuchungshaft in britischen Knästen. Erst nach massiven Protesten und Berichten in den Medien wurde sie aus dem Hochsicherheitsknast für Männer in Belmarsh, in dem es keinerlei Einrichtungen für Frauen gab, in den Frauenknast Holloway in London verlegt. dort wartet sie noch immer auf die Entscheidung über den von der Bundesregierung gestellten Auslieferungsantrag. Ihr wird vorgeworfen, an dem Anschlag der IRA auf eine Kaserne der britischen Armee in Osnabrück beteiligt gewesen zu sein. Ihr Antrag auf Haftentlassung auf Kaution ist von den bundesdeutschen Behörden bereits mehrmals mit der Begründung abgelehnt worden, sie würde sich dem Gerichtsverfahren ansonsten durch Flucht entziehen.

Die britische Regierung verweigert Róisín weiterhin eine ihrem Zustand entsprechende medizinische Versorgung. Neben den wegen ihrer Schwangerschaft erforderlichen Untersuchungen benötigt sie außerdem ärztliche Betreuung, da sie Asthma hat, an einem Magengeschwür und an Mangelerscheinungen leidet. Ihr wird die Möglichkeit verwehrt, Schwangerschaftsgymnastik und andere sportliche Betätigungen auszuüben.

Róisín ist Gefangene der Kategorie A – Hochsicherheitsgefangene. Sie wird zweimal täglich sowie vor und nach jedem Besuch nackt durchsucht. Erst am 24. Februar hat sie zum ersten Mal Besuch ohne Trennscheibe erhalten.

Amnesty International hat dazu aufgerufen, an den britischen Home Secretary Michael Howard zu schreiben und eine Beendigung der „grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung sowie der Nacktdurchsuchungen" von Róisín McAliskey zu fordern. In Reaktion auf die Nachricht, daß es Róisín möglicherweise nicht erlaubt sein wird, ihr Kind nach der Geburt bei sich zu behalten, sagte Amnesty International: „Das Ergebnis er Entscheidung, Mutter und Kind zu trennen, (...) wäre, die Beziehung von Mutter und Kind dauerhaft zu schädigen." Auch die Menschenrechtsorganisation American Human Rights Watch hat erklärt, die Haft wäre „eine entsetzliche Verletzung der absoluten Basisstandards der Gefangenenbetreuung".

Schreibt an den deutschen Botschafter in Irland:
Horst Pankowski
31, Trimleston Avenue
Booterstown
Co. Dublin
Fax: 00353-1-269-39 46

Fordert die Haftentlassung von Róisín McAliskey gegen Kaution und die sofortige Sicherstellung ihrer medizinischen Versorgung

P.S. In London gab es vor einer Lufthansa-Vertretung eine Demonstration für Róisín. Ihre Freilassung forderte ebenfalls eine Gruppe vor dem Haus des britischen Premierministers John Mayor.

Am 13. Februar ist unsere Genossin Ursula Makilla gestorben.

Mit Ursula ist eine Genossin gestorben, die in der ANNA (ANtifaschistische NAchrichten Saar) vieles angeschoben hat. Im Moment ist es für uns nicht vorstellbar, wie es ohne sie sein wird.

Es gab am 19. Februar eine Trauerfeier mit Musik, die Ursula gefallen hat, und mit Reden von den Gruppen und Zusammenhänge, in denen sie organisiert war, bzw. von politischen Organisationen, mit denen sie solidarisch war.

Im folgenden die Rede der ANtifaschistischen NAchrichten Saar von der Trauerfeier:

Ein Projekt von Ursulas politischer Arbeit waren die ANtifaschistischen NAchrichten Saar. Dieses Zeitungsprojekt hat sie mit aufgebaut und dort über vier Jahre hinweg, gemeinsam mit uns, versucht, linken Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse zu entwickeln und umzusetzen.

Denn waren für Ursula Worte auch wichtig, entscheidend für sie waren die Taten, die darauf folgten. Und so setzte sie sich immer dafür ein, daß wir es nicht bei unseren Artikeln in der Zeitung beließen, sondern diese auch mit praktischen Schritten verbanden.

Ursula war dabei oft die treibende Kraft, die uns anderen oft durch ihre Entschlossenheit und Beständigkeit Mut machte.

Unsere letzten gemeinsamen Diskussionen über Neubestimmung und die Zukunft der Antifaschistischen NAchrichten Saar haben wir noch gut im Gedächtnis.

Niemand von uns hätte damals geglaubt, daß wir diese einmal ohne Ursula angehen müssen. Sie wird uns fehlen als Mensch und Genossin.

Ursulas Erfahrungen und ihre Offenheit, auch wenn es darum ging, unbequeme Wahrheiten auszusprechen, werden wir vermissen. Denn sie sagte ihre Meinung und scheute sich auch nicht, uns und auch sich selbst zu kritisieren.

Ihr Blick war dabei immer nach vorne gerichtet. Die Linke hier wie international neu aufzubauen war ihr Etappenziel. Die Perspektive war, einen Prozeß der weltweiten Umwälzung in Gang zu setzen.

Unsere Erinnerung an Ursula ist geprägt von vielen Demonstrationen und Aktionen, wo wir mit ihr zusammen waren.

Sie ist geprägt von den langen Diskussionen, Gesprächen und der gemeinsamen Arbeit an der Zeitung, wo wir neben Streß und schwierigen Situationen viele gute Momente zusammen hatten.

Und sie ist geprägt von unseren persönlichen Beziehungen zu ihr als Freundin und Genossin, in denen wir sie als Mensch schätzen gelernt haben.

Wir müssen jetzt ohne Ursula weitermachen. Sie wird uns fehlen, aber in unseren Herzen und Köpfen wird immer ein Teil sein.

Freiheit für die Gefangenen aus der RAF!

Gedanken zur Deutsch-Tschechischen Erklärung

Zornig wurde mensch, wenn sie/er sich das Gefeilsche hier anhörte um die Deutsch-Tschechische Erklärung: ja nicht zu viel vom mörderischen Nazi-Terror darin ansprechen, am besten Nazi-Terror und die durch das Potsdamer Abkommen legitimierte Umsiedlung von Angehörigen der deutschen Minderheit gleichsetzen. Und natürlich wirtschaftlichen Druck ausüben auf die tschechische Regierung: Die unterzeichnen schon, wollen ja in die EU. Und ein „Recht auf Heimat" für die Sudetendeutschen durchsetzen, zumindest darf dieser Erklärung kein Schlußstrich unter sudetendeutsche Besitzansprüche sein: Es geht um Grund und Boden.

Was haben diese Menschen für braunen Dreck im Kopf: Da hat Nazi-Deutschland andere Länder überfallen, den Krieg angefangen, Kriegsverbrechen begangen und Völker gemordet, und wurde besiegt – und es ist das Normalste von der Welt, daß die BRD als Nachfolgestaat die Folgen trägt, und auch nach über 50 Jahren gibt es keinen Grund, von tschechischer Seite etwas wiedergutzumachen. Diese Wiedergutmachungs-Forderer sind die gleichen, die den globalen Einsatz der Bundeswehr bejubeln.

Die Deutsch-Tschechische Erklärung lenkte unsere Gedanken aber auch auf Menschen, die auf eine ganz andere Art mit dem verbunden sind, was damals im von Nazi-Truppen besetzten und von den Nazis so genannten „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren" geschah: Gefangene aus der RAF.

Lenkte unsere Gedanken auf einen Mann, Dr. Hanns Martin Schleyer, einen der Täter, die tief in die Verbrechen des Nazi-Regimes verstrickt waren und das volle Vertrauen des Terror-Apparats besaßen und die dennoch nie von der bundesdeutschen Justiz zur Rechenschaft gezogen wurden.

(Ein „Gnadenfieber", das von 1950 an im Zuge des Kalten Krieges die amerikanische Militärregierung erfaßte und die Amnestie- und Verjährungsgesetze des Bundestags reduzierten die Ahndung der Greueltaten z.B. der SS durch deutsche Gerichte auf ein Minimum.)

SS-Obersturmführer des Sicherheitsdienstes (SD) Schleyer, Nationalsozialist seit '31, noch in der „Kampfzeit" der SS beigetreten; seit er in Prag war, direkt dem Reichssicherheitshauptmann und damit SD-Chef Heydrich selbst unterstellt, entsprechend Einblick in alle wichtigen Vorgänge, zuständig auch dafür, daß Böhmen und Mähren Höchstleistungen für die Kriegswirtschaft erbrachten. Wer die Geschichte kennt, weiß, daß diese Kriegswirtschaft ZwangsarbeiterInnen ausbeutete und tötete.

Schleyer blieb in Prag bis zum Vorabend der bedingungslosen Kapitulation. Als einer der letzten SS-Kampfkommandanten konnte er sich dann mit seiner Truppe noch bis zu den vordersten amerikanischen Verbänden durchschlagen. Das gelang ihm unter Mitnahme von Geiseln aus der Prager Zivilbevölkerung, weil die tschechischen Aufständischen sie der mitgeführten Gefangenen wegen nicht anzugreifen wagten.

Tags zuvor, am 6. Mai 1945, hatte die abziehende Truppe noch ihre barbarische Grausamkeit unter Beweis gestellt: Im Keller und Garten zweier Häuser in Prag hatten sie 41 Menschen erschossen, zwei ältere Männer, die übrigen Frauen und Kinder, zwei Hochschwangere und ein Baby.

Wie allgemein bekannt ist, übernahm die Rote Armee Fraktion 1977 für die Entführung und spätere Erschießung von Schleyer die Verantwortung.

Gefangene aus der RAF wurden mit allen möglichen Konstrukten für diese Aktion zu Lebenslänglich verurteilt, und es ist zu sehen, daß dieser Staat alles tut, damit bei ihnen lebenslänglich auch lebenslänglich ist.

Mensch mag politisch zu der Aktion von '77 stehen, wie sie/er will, der Name Schleyers ist mit dem massen- und völkermörderischen Nazi-System so eng verknüpft; daß so einer nicht nur nicht verfolgt wurde, sondern auch noch Arbeitgeber- und BDI-Präsident werden konnte, allein das spricht ein vernichtendes Urteil über Freiheit und Demokratie in der BRD von Anfang an und läßt nicht wundern, wenn heute deutsche Regierung und Wirtschaft wieder nach Weltmacht giert. Diese Republik ist von Funktionären des 3. Reichs aufgebaut, Schleyer war ja nur einer von vielen, die in seinem Nachfolgestaat weitermachten.

Die Rote Armee Fraktion hat ihre Aktion sicher nicht als späte Strafaktion verstanden, sondern als Intervention in die aktuelle politische Situation in der BRD und weltweit mit dem primären Ziel, ihre GenossInnen aus den Knästen zu befreien, die dort unter Isolationshaftbedingungen saßen, die Amnesty International später (Mai 1980) als „Folter und unmenschliche Behandlung" thematisierte, aber selbst wenn von der Schleyer-Entführung nur die späte Korrektur einer nicht stattgefundenen Bestrafung in einem einzelnen Falle bliebe, so würden wir sagen: Es ist eine Schande, daß Menschen, die für die Entführung und Erschießung eines Schleyers und andere Aktionen der RAF verantwortlich sein sollen, noch im Knast sind.

Widerstand gegen die Schleyers, die in der BRD ihre Machtstrukturen wieder aufgebaut hatten, war allemal gerechtfertigt. Die fortdauernde Inhaftierung der Gefangenen aus der RAF, die alle jahrelanger Folter mit den Methoden der Isolationshaft ausgesetzt waren, um ihren Gesinnungswandel zu erzwingen, ist Beweis für das fortbestehende eliminatorische Verhältnis der Herrschenden gegenüber seinen linken politischen Gegnern, ebenso wie es … Bad Kleinen ist.

Die Gefangenen aus der RAF müssen raus, und sicher nicht nur sie. Wir als Menschen, die diese Gefangenen schon lange kennen, sprechen hier für sie. Wenn wir sagen, sie müssen raus, dann denken wir nicht an den Gnadenakt einer Amnestie, denn die Gefangenen brauchen keine Gnade, sondern es ist einfach überfällig, wenn die Gefangenen aus dieser Kampfgeschichte nach der 68er Bewegung bedingungslos freigelassen werden.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Gegen den Geschichtsrevisionismus und gegen die Fortsetzung der deutschen imperialistischen Politik unter dem Deckmantel einer angeblichen „Aussöhnung"!
Entschädigung aller tschechischen Naziopfer!
Für die Entschädigung aller ZwangsarbeiterInnen!

Verlag Rote Säge
Falckensteinstr. 46, 10097 Berlin

Bei den Schilderungen Schleyer betreffend haben wir auf das Buch „Rechtsverfall, Justizterror und das schwere Erbe" – Die unsichtbare Tradition, Band II, von Bernt Engelmann, Pahl-Rugenstein-Verlag, zurückgegriffen.

Herausgeber : Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 65929 Frankfurt / M. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Palmaille 24, 22767 Hamburg. V. i. S. d. P. : Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift und Bestellungen :** GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. : (0 40) 38 13 93, Fax : (0 40) 3 89 83 31 (mit Empfängervermerk). Einzelpreis : 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM, ein Halbjahresförderabonnement 30,00 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto : Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. – Herstellung und Drucklegung : GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 5454194. ***Redaktionsschluß für Nr. 193: So, 13.4.97***